SÜDWIND INFOS

NR. 20 NOVEMBER 2001

Armutsbekämpfung durch die Gläubiger?

Erfahrungsberichte aus 11 Ländern

texte 13

INHALT:

- Editorial . . . 3

Aus dem Büro

- erlassjahr.de gründet eigene Rechtsstruktur . . . 4
- Änderungen bei den Mitarbeitenden . . . 5

SÜDWIND-Aktivitäten

- Sub-Sahara Afrika in der Krise: Gefangen in der Schuldenfalle . . . 6
- Ecuador: Überausbeutung der natürlichen Ressourcen für den Schuldendienst – Das schwarze Gold glänzt nicht . . . 9
- Das Forum Kamerun . . . 11
- Die Armutsbekämpfung durch die Gläubiger – Erfahrungsberichte aus 11 Ländern: Uganda: Musterland der Gläubiger . . . 12
- Buchbesprechung: Justitia et Pax fordert Reform des Welthandels . . . 14
- Im Brennpunkt: Verhaltenskodizes . . . 15
- Überarbeitete Marktstudie: Kursbuch ethische Geldanlage . . . 20

SÜDWIND-Intern

- SÜDWIND wirbt: Neue Homepage, neues Faltblatt, neue Musterartikel . . . 21
- Befristete »Schnuppermitgliedschaft«: Verschenken Sie Mitgliedschaften . . . 21

- Anschläge in den USA – Krieg in Afghanistan Das Theater des Guten und des Bösen – Von Eduardo Galeano . . . 22

IMPRESSUM

SÜDWIND-Infos werden herausgegeben von
SÜDWIND
Institut für Ökonomie und Ökumene
Lindenstr. 58–60
53721 Siegburg
Telefon: 0 22 41 / 5 36 17 oder 6 78 01
Fax: 0 22 41 / 5 13 08
eMail: suedwind.institut@t-online.de
Internet: www.suedwind-institut.de

Redaktion: Friedel Hütz-Adams

Layout: Frank Zander

Titelfoto: Frank Zander

Druck: KNOTENPUNKT, 56290 Buch / Hunsrück

EDITORIAL

EPOCHENWECHSEL STEHT NOCH AUS: SÜDWIND BESTEHT NACH DEM 11.09.01 AUF DER OPTION FÜR DIE ARMEN UND ENTWÜRDIGTEN

Anschläge in den USA – Krieg in Afghanistan

Die Kaperung von Zivilflugzeugen mit dem Ziel, das World Trade Centre und das Pentagon unter Opferung unzähliger Menschen zu zerstören, ist uns – Vorstand und Mitarbeitende von SÜDWIND wie allen zukunftsorientierten Menschen – sehr unter die Haut gegangen. Der Satz vieler Kommentatoren lautete: »Nichts wird mehr so sein wie vorher.«

Die Reaktion darauf – der Krieg – war jedoch leider so, wie wir sie schon vorher erleben mussten: Selbstherrliche High-Tech-Gewalt mit unermesslichen ökologischen, sozialen, wirtschafts- und entwicklungspolitischen Schäden statt beharrliche und abgestimmte Verfolgung von Rechtsverletzungen. Die Bombardierung des Landes, in dem Bin Laden leben soll, trifft jetzt Afghanistan. Das ist ein seit Jahrzehnten durch fremde Länder und durch Bürgerkriege geschundenes Entwicklungsland mit einer von großen Teilen der armen Bevölkerung nicht gewollten Regierung. Die Taliban sind – z.B. was die Behandlung der Frauen betrifft – ein fundamental verbrecherisches Regime.

SÜDWIND hat Aufrufe gegen den begonnenen Afghanistan-Krieg mit unterzeichnet, weil er die falsche Antwort auf den Terroranschlag ist und die Probleme nur vergrößert. Wir bei SÜDWIND glauben: Der unerlässliche Kampf gegen diese Art von Terrorismus muss mit politischen und juristischen Schritten geführt werden.

Doch wieder einmal erleben wir, wie friedliche Mittel von Gewaltüberwindung als unwirksam hingestellt werden, ja lächerlich gemacht werden. Doch letztlich gibt es hierzu keine Alternative.

»Nichts wird mehr so sein wie vorher.« Dieser Satz hat uns beschäftigt unter der Frage: War vorher – wie unterstellt – eigentlich alles gut? Nichts wird mehr so sein wie vorher – dieser Satz kann auch so verstanden werden: Entscheidendes muss jetzt endlich besser werden, indem die Entscheidenden begangene Fehler ausmachen, eingestehen und überwinden. »Nichts wird mehr so sein wie vorher«, das kann auch ein Satz der Hoffnung sein.

Armutsbekämpfung ins Zentrum rücken

Im Satzungszweck von SÜDWIND steht die »Option für die Armen«. Das heißt: Arme und entwürdigte Menschen gehören ins Zentrum, nicht an den Rand der Aufmerksamkeit. Ihr Leben sicher zu machen und ihnen Hoffnung zu geben, gegen eine Politik anzugehen, die immer mehr Armut produziert, ist ein notwendiger Beitrag zum friedlichen Zusammenleben. Doch in den letzten Jahrzehnten ist die Zahl der Armen in vielen Entwicklungsländern gewachsen – und dies bildet neben anderen Faktoren einen Nährboden für neue Spielarten von Terrorismus.

Die Terroristen vom 11. September waren nicht arm, nicht ungebildet, nicht unterdrückt. Vielleicht wären sie nicht aktiv geworden, wenn die Weltwirtschaft gerechter wäre. Vielleicht! Es wäre aber kurzschlüssig, ihre Anschläge als schlichte Folge einer schlechten Entwicklungspolitik zu erklären. Entwicklungspolitik ist nicht alles. Aber ohne eine gute Entwicklungspolitik ist Entscheidendes nichts.

Deutschlands Regierung beteiligt sich an der »Anti-Terror-Allianz« und trägt eine Politik uneingeschränkt mit, gegen die SÜDWIND protestiert. Streubomben und ausgestreute Portionspäckchen, im Wechsel abgeworfen auf ein vermintes Land, sind im besten Fall ein absurder Irrtum. Diese Bomben schneiden die Armen von notwendigen Hilfslieferungen ab. Sie produzieren Flüchtlingsströme, Entwurzelung und unwürdige Abhängigkeiten. Die Flüchtlingslager belasten nicht nur die Betroffenen, sondern auch die instabilen Nachbarländer Pakistan (2,5 Mio. Flüchtlinge in Lagern), Iran (2 Mio.), Tadschikistan (20.000), Usbekistan (10.000) Turkmenien (5.000). Und sie vergrößern den Wurzelboden für Terroristen. Bomben zerstören. Sie machen alle hoffnungsvollen Dialog- und Entwicklungsansätze zunichte.

Schuldenerlasse gegen Gefolgschaftsversprechen?

Viele Menschen haben weltweit für Schuldenerlass gekämpft und erfahren, das gehe aus finanziellen Gründen nicht. Gekämpft haben sie vor allem dafür, dass Schuldenerlass den Armen zugute kommt. Sie haben als Durchbruch begrüßt, dass schließlich sogar Weltbank und Internationaler Währungsfonds nationale Armutsbekämpfungsprogramme zur Voraussetzung für Schuldenerlass gemacht haben. Uns empört in diesem Zusammenhang, dass plötzlich für die Länder Schulden erlassen werden, die man als Alliierte braucht – ohne dass gesichert ist, dass in erster Linie die Armen vom Schuldener-

lass profitieren. Davon ist – Diktator hin, Diktator her – derzeit kaum noch die Rede. Wir haben immer gesagt: Schuldenerlass hängt am politischen Willen. Aber so haben wir das nicht gemeint!

Broschüre zur Schuldenkrise

Das Titelbild dieses Infos ist das Titelbild der viel nachgefragten SÜDWIND-Broschüre »Armutsbekämpfung durch die Gläubiger – Erfahrungsberichte aus 11 Ländern«. Es gab Streit um dieses Bild. Frage war: Steigt auch SÜDWIND ein in die emotionalisierende Werbung mit Kindern? Oder: Sagt dieses Kind an der Parkuhr: Wie lange garantiert mein eingeworfenes Geld noch mein Recht, hier bleiben und mit eigenen Perspektiven leben zu können? Das Fragezeichen signalisiert: Können Gläubiger unter dem Diktat der vertraglich vereinbarten Zinsfristen überhaupt Armut wirksam bekämpfen? Ist das nicht ein Widerspruch in sich selbst? Wir haben das Foto von unserem engagierten Layouter Dr. Frank Zander übernommen. Vielleicht hätte er das Fragezeichen viel größer machen müssen.

Gewaltüberwindung wird verstärkt Thema

SÜDWIND hat auf der letzten Klausurtagung Mitte August das Thema »Gewaltüberwindung in den wirtschaftlichen Nord-Süd-Beziehungen« diskutiert und beschlossen, dieses Thema im Rahmen der ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt für vorerst drei Jahre stärker in den Blickpunkt zu rücken. Die Terroranschläge von 11.09.2001 und der jetzige Krieg gegen das Taliban-Regime haben dies Vorhaben in erschreckender Weise zugespitzt. Was kann durch Gruppen und Gemeinden gegen strukturelle wirtschaftliche Gewalt auch im eigenen Interesse getan werden? Zu den offenen Fragen in diesem Zusammenhang wird SÜDWIND seine Mitglieder und UnterstützerInnen konsultieren. Unser Ziel ist, qualifizierte, verständliche und handlungsorientierte Beiträge zu den offenen Fragen insbesondere für Kirchen- und Pfarrgemeinden, für Bildungseinrichtungen und Gremien zu erarbeiten.

Indonesienreise verschoben

Auch der Fachbereich Frauen und Wirtschaft steht vor neuen Herausforderungen: Verhaltenscodizes – soziale Wohlhandelnszusagen besonders gegenüber Frauen – von weltweit agierenden (deutschen) Unternehmen wie adidas, C&A, Otto-Versand, Quelle u.a. gewinnen an Bedeutung. Dazu braucht SÜDWIND weitere Partner-Organisationen im Süden. Sie liefern Daten und Fallbeispiele, die SÜDWIND helfen, den politischen Druck auf diese Unternehmen zu erhöhen. Eine Kontaktreise von Ingeborg Wick nach Asien wurde verschoben. Die Lage z.B. in Indonesien ist nach dem 11.09.01 angespannt.

Wir bleiben mit gutem Mut und gerade künftig mehr denn je an unseren Themen.

Dieter Manecke

ERLASSJAHR.DE GRÜNDET EIGENE RECHTSSTRUKTUR

Im Rahmen der Gründung der auf dreieinhalb Jahre begrenzten Kampagne »Erlaßjahr 2000 Entwicklung braucht Entschuldung« wurde beschlossen, SÜDWIND e.V. mit der Rechtsträgerschaft zu betrauen. Weil für SÜDWIND Entschuldung seit langem zentrales Thema ist, übernahm SÜDWIND in enger Abstimmung mit dem Kampagnenrat die formale Verantwortung für die Kampagne »Erlaßjahr 2000«. Insbesondere galt das für die Anstellung der Beschäftigten, die Anmietung von Räumen, den Abschluß von Verträgen und die Haushaltsführung. SÜDWIND verwaltete die Gelder der Kampagne treuhänderisch, d.h. alle Einnahmen und Ausgaben wurden in der Buchhaltung separat erfaßt.

Wie vorgesehen wurde Mitte diesen Jahres die Kampagne »Erlaßjahr 2000« beendet – und in das Bündnis »erlassjahr.de Entwicklung braucht Entschuldung« überführt. Die letzen 6 Kampagnenmonate dienten wie vorgesehen der Auswertung und Neuorientierung. Ziel ist jetzt, den erfolgreich angestoßenen Entschuldungsprozess weiter kritisch zu verfolgen und voranzutreiben. Insbesondere soll das weder faire noch transparente Verfahren bei Entschuldungen im Zusammenwirken mit Partnern in anderen Ländern verändert werden. Wir berichteten darüber im letzten SÜDWIND-Info.

SÜDWIND ist bis Mitte 2002 auch Rechtsträger der Nachfolgestruktur. Danach wird die bewährte Partizipations- und Leitungsstruktur der Kampagne und jetzt des Bündnisses in einen eingetragenen Verein überführt: Die Mitglieder des Bündnisrates (früher Kampagnenrat) werden zugleich die Mitglieder des neuen Verein und der gewählte Lenkungskreis (früher SprecherInnen-Kreis) wird zugleich Vereinsvorstand. SÜDWIND arbeitet in beiden Gremien weiter nach Kräften mit.

ÄNDERUNGEN BEI DEN MITARBEITENDEN

Friedel Hütz-Adams wieder ganz dabei

Der Vorstand und die Arbeitsstrukturen von SÜDWIND haben sich nach 10 Jahren verändert. Seit Anfang des Jahres 2001 diskutierten wir daher, welchen Einfluss diese Veränderungen auf die Arbeitsabläufe des Instituts haben. Ein Organisationsberater hat auf der letzten Klausurtagung von Vorstand und Mitarbeitenden dabei Hilfe geleistet. Veränderungen stehen an.

Friedel Hütz-Adams, der bis Mitte des Jahres weitgehend für die Erlassjahrkampagne gearbeitet hat, wird in Zukunft neben geschäftsführenden Aufgaben und einer verstärkten SÜDWIND-Öffentlichkeits- und Fundraisingarbeit das Thema »Gewaltüberwindung in den wirtschaftlichen Nord-Süd-Beziehungen« koordinieren.

Praktikantin an Bord: Saskia Lublinski

Im Fachbereich Entschuldung springt die Kulturwirtschaftsstudentin Saskia Lublinski aus Passau als Praktikantin drei Monate mit ein. Sie hat eine Hausarbeit zu Kamerun geschrieben und wird einen Teil der Arbeit für das bei SÜDWIND angesiedelte Forum Kamerun leisten.

Damit entlastet sie vor allem Dr. Pedro Morazán, der zusätzlich zu seiner Forschungsarbeit im Bereich Verschuldung im Lenkungskreis des Bündnisses erlassjahr.de und im Koordinierungskreis attac die Anliegen von SÜDWIND vertritt.

Neu dabei: Caroline Zúñiga Medina

Antje Schneeweiß ist zur Zeit in Elternzeit (das, was früher Erziehungsurlaub hieß): Adele ist da! Caroline Zúñiga (34 Jahre) vertritt sie für zwei Jahre. Sie kommt zu uns von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), wo sie zwei Jahre lang in der Umweltabteilung der Bank tätig war. vorher arbeitete die Regionalwissenschaftlerin Lateinamerika bei der Nichtregierungsorganisation »Urgewald«. Dort koordinierte sie eine Kampagne zur entwicklungspolitischen Reform der deutschen Außenwirtschaftsförderung (»Hermes-Kampagne«).

Da auch bei ihr der Klapperstorch vorbeikommen wird und eine Elternzeit ansteht, wurde auch hier eine gute Lösung gefunden:Eine engagierte und kompetente Vertretung der Vertretung wird im Dezember die Arbeit aufnehem. Wir werden also in den nächsten Monaten drei unterschiedlich einsatzfähige engagierte Personen für den Fachbereich »Ethisches Investment »an der Strippe« haben. Das ist wichtig, denn das Thema »Ethischen Geldanlagen« ist weiterhin sehr aktuell: Der Fischer Tachenbuch-Verlag wird Anfang 2002 das »Kursbuch ethische Geldanlage« auf den Markt bringen. Es ist die überarbeitete Fassung des ausverkauften Buches von Antje Schneeweiß »Mein Geld soll Leben fördern« (siehe Seite 20).

SUB-SAHARA AFRIKA IN DER KRISE: GEFANGEN IN DER SCHULDENFALLE

»Sub-Sahara Afrika ist heute ärmer als vor 20 Jahren und das aufgrund der Verringerung der Entwicklungshilfe, der Verschlechterung der internationalen Austauschverhältnisse und der negativen Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme«. Dieser Satz ist nicht Teil einer Stellungnahme der »Globalisierungsgegner« oder der Präambel einer Erklärung der Organisation Afrikanischer Staaten. Vielmehr handelt es sich um die ernüchternde Bilanz der UNO-Kommission für Handel und Entwicklung (UNCTAD).

In ihrem letzten im September veröffentlichten Bericht über Afrika (ECONOMIC DEVELOPMENT IN AFRICA: PERFORMANCE, PROSPECTS AND POLICY ISSUES) ruft die UNO-Organisation zu einer Überprüfung der internationalen Handelsverträge und der Strukturanpassungs- und Armutsbekämpfungspolitik der Industrieländer auf. Ziel müsse sein, das Wachstum in Afrika zu beschleunigen und das Einkommen besser zu verteilen.

Hausgemachte Krise

Die Adressaten dieser Botschaft können keine anderen sein als die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF), die immer noch auf die alte und gescheiterte Formel »Liberalisierung – Privatisierung – Umschuldung« bei unveränderten internationalen Bedingungen setzen.

Doch nicht nur IWF und Weltbank betrachten die gegenwärtige Lage Afrikas südlich der Sahara als eine hausgemachte Krise. Auch die staatliche Entwicklungszusammenarbeit vertritt die Meinung, dass allein mit einer konsequenten Durchsetzung von »inneren Wirtschaftsreformen« die Chancen für einzelne afrikanische Länder größer werden, auf dem Weltmarkt von der Globalisierung zu profitieren.

Sie werden nicht müde zu wiederholen, dass Sub-Sahara Afrika als Region 40% der Entwicklungshilfe aufnimmt, dass die billigen Kredite der Weltbank (»IDA«-Mittel) im Vergleich zum Jahr 2000 um 56% gestiegen sind und dass der IWF etwa 3,8 Mrd. Dollar durch Kredite zur Armutsbekämpfung und Wachstumsförderung im Rahmen von Strukturanpassungen mobilisiert hat.

Die strukturellen Asymmetrien und die Instabilitäten der Weltwirtschaft werden ausgeklammert: Wechselkursschwankungen, internationale Finanzkrisen, weltweite Rezession, Exportsubventionen und Importrestriktionen der Industrieländer usw. werden als irrelevante Variablen in den Modellrechnungen ausgeschlossen.

Nicht nur die Höhe der Entwicklungshilfe ist ein Kernproblem. Die »Geberländer« sprechen offen aus: »What we have is what they need«. Wenn Afrika mit den Geldern und Krediten aus der Entwicklungshilfe das verbrauche, was die Industrieländer produzieren – so die Lesart der Geber –, dann werde sich der Kontinent automatisch entwickeln.

Tabelle 1: Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) 1990–1999 und 2000–2010

Land	BIP (1990–99) Durchschnitt	BIP (2000–10) HIPC-Annahmen	Differenz in Prozentpunkten
Mauretanien	4,3	7,3	3,0
Guinea-Bissau	0,3	7,0	3,0
Madagaskar	1,8	6,2	4,4
Ruanda	- 1,6	6,1	7,7
Kamerun	1,2	6,0	4,8
Mosambik	6,3	5,9	- 0,4
Honduras	3,2	5,9	2,7
Burkina Faso	3,6	5,9	2,3
Tansania	3,1	5,9	2,8
Gambia	3,0	5,6	2,6
Uganda	6,7	5,6	- 1,1
Nicaragua	2,6	5,6	3,0
Benin	4,3	5,5	1,2
Guinea	3,9	5,3	1,4
Bolivien	4,1	5,3	1,2
Sambia	1,0	5,2	4,2
Senegal	3,0	5,0	2,0
Mali	3,4	5,0	1,6
Malawi	4,0	4,4	0,4
Niger	2,4	4,4	2,0
Guyana	6,0	4,2	- 1,8
Sao Tomé & Prince	- 0,5	4,1	4,6

Quelle: IMF/Worldbank (2001): »The Challenge of Maintaining Long Term External Debt Sustainabilitiy«, Washington.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass die »Afrikapolitik« sich ständig an den Interessen der Geberländer sowie ihren jeweiligen Unternehmen orientiert und weniger an den Bedürfnissen der armen Bevölkerungsschichten und der einzelnen afrikanischen Staaten, die übrigens sehr unterschiedlich sind. Ein Beispiel dafür ist das Problem der Auslandsverschuldung.

Ist HIPC die neue Lösung?

Während der wirtschaftlichen und sozialen Stagnation in den vergangenen beiden Jahrzehnten ist der Schuldenstand in Afrika von 38,5 Mrd. US-Dollar 1977 auf ca. 300 Mrd. US-Dollar im Jahr 2000 angestiegen. Nun werden noch in diesem Jahr einige Länder im Rahmen einer Entschuldungsinitiative für arme hochverschuldete Länder – abgekürzt HIPC-Initiative nach der englischen Bezeichnung »Heavily Indebted Poor Countries« – einen Teil ihrer Auslandsschulden erlassen bekommen. Es ist allerdings zu befürchten, dass diese Entschuldung zu kurz greift und gleichzeitig die Bereitschaft der Industrieländer zur häufig versprochenen Erhöhung der Entwicklungshilfe sinkt.

Das Entschuldungsprogramm sieht vor, die Auslandsverschuldung auf ein tragfähiges Niveau zu reduzieren. Um den zu erlassenden Betrag zu berechnen, wird eine Schuldentragfähigkeitsanalyse erstellt, die den Entschuldungsprozess ins Verhältnis zur Wirtschafts- bzw. zur Exportentwicklung der nächsten 15 Jahre setzen soll.

Doch die Weltbankdefinition der Schuldentragfähigkeit ist qualitativ falsch, da sie sich hauptsächlich auf eine Steigerung der Exporte stützt. Weniger berücksichtigt werden dagegen eine beschäftigungswirksame Steigerung der Investitionen, steigende Zuflüsse von außen sowie wachsende Sparraten im Schuldnerland. Die Definition ist auch quantitativ falsch, da sie eine zu hohe Schuldendienstquote (das Verhältnis der jährlichen zu leistenden Zahlungen von Tilgungen und Zinsen zu den jährlichen Exporteinnahmen) als tragfähig festlegt.

Dadurch entsteht eine einfache Logik: Um die Armut zu verringern, brauchen die afrikanischen Länder Wachstum. Um wiederum Wachstum zu erreichen, soll mehr exportiert werden. Mehr Exporte erreicht man durch Liberalisierung und Privatisierung.

Basis der Berechnungen von Weltbank und IWF ist die Annahme, dass die Exporte in den afrikanischen HIPC-Länder zwischen 2000 und 2010 jährlich um durchschnittlich 9% steigen. Diese Prognosen über die Entwicklung der afrikanischen Exporte und damit der Entwicklung der Volkswirtschaften der Region in den nächsten 10 Jahren erscheinen angesichts der Entwicklung Afrikas in den letzten 30 Jahren überaus optimistisch.

Wie aus Tabelle 1 zu entnehmen ist, sind mit Ausnahme von Mosambik und Uganda die Erwartungen über die Höhe des zukünfigen Wachstums höher als das tatsächliche Wachstum in den vergangenen 10 Jahren gewesen ist. So ist beispielsweise zwischen 1990 und 1999 Kameruns Wirtschaft durchschnittlich um 1,2% jährlich gewachsen. Laut Prognose soll sie in den nächsten 10 Jahren durchschnittlich 6% jährlich wachsen, damit das Land aus eigener Kraft die weiter bestehende Auslandsverschuldung abbauen kann. Die Frage ist: Was soll sich seit dem letzten Jahr in Kamerun grundlegend geändert haben, um eine Trendwende in der Wirtschaftsentwicklung zu erreichen? Angesichts der weltweiten Wirtschaftsrezession und der sinkenden Weltmarktpreise für die Exportprodukte Kameruns ist leicht zu erkennen, dass die äußeren Rahmenbedingungen einen solchen Prozess nicht unbedingt fördern werden.

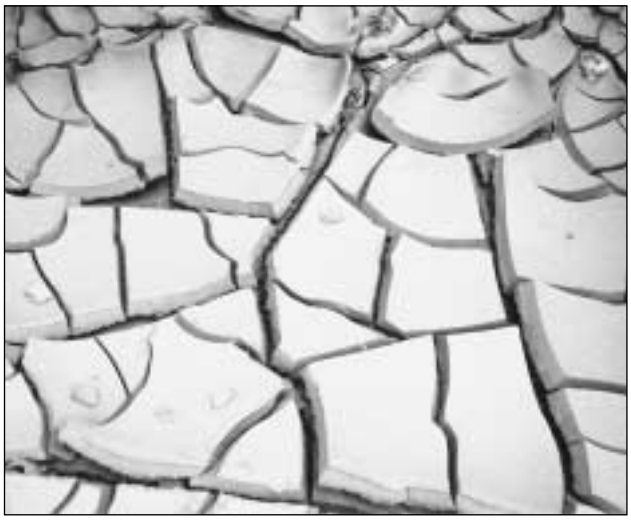
Tabelle 2: »Die TOP 10 des Optimismus«

Land	Durchschnittlicher bisheriger jährlicher Exportzuwachs (1990–1999), in %	Durchschnittlicher zu erwartender jährlicher Exportzuwachs (2000–2010), in %
Ruanda	-2,3	13,7
Sambia	-2,3	9,6
Niger	-3,9	5,4
Kamerun	-0,5	7,1
Burkina Faso	2,4	9,7
Guinea	0,6	7,8
Sao Tomé & Prince	3,4	9,5
Honduras	5,4	11,4
Guinea-Bissau	7,3	12,1
Senegal	2,8	6,7

Quelle: IMF/Worldbank (2001): »The Challenge of Maintaining Long-Term External Debt Sustainability«, Washington

Schuldentragfähigkeit und Exportentwicklung

Infolge der Handelsliberalisierung der letzten Jahre stieg der Anteil des Außenhandels Afrikas am Bruttosozialprodukt von 38% 1990 auf 43% im Jahre 1999. Trotz der starken Öffnung der afrikanischen Volkswirtschaften vertiefte sich die weltweite Marginalisierung Sub-Sahara Afrikas. Ihr Anteil am Welthandel ist ständig zurückgegangen, denn die Weltexporte sind schneller angestiegen als die Exporte Afrikas. Die wichtigste Erklärung für diese Entwicklung liegt in der Struktur der afrikanischen Exporte. Immer noch machen Agrar- und mineralische Rohstoffe das Gros der afrikanischen Exporte aus. Diese Produkte erleben seit mehr als 10 Jahre einen Rückgang ihrer Preise auf dem Weltmarkt. Trotzdem



legen die neuen Strategien großen Wert darauf, gerade die traditionellen Exporte zu erhöhen, um damit höhere Devisen-einnahmen zu erzielen. Eine Ausweitung auf nicht-traditionelle Exportprodukte wird u. a. durch die Agrarsubventionen der EU und der USA zugunsten der eigenen Produktion verhindert.

Tabelle 2 zeigt die Entwicklung der Exporte ausgewählter afrikanischer Länder, die in der HIPC-Initiative für eine Entschuldung in Frage kommen. In der linken Spalte ist die schwache Exportentwicklung des vergangenen Jahrzehnts zu erkennen, während in der rechten Spalte die Annahmen der Weltbank für die nächsten 10 Jahren zu finden sind. Ein Erfolg der HIPC-Initiative ist demnach nur durch eine außergewöhnliche Entwicklung der Exporte Sub-Sahara Afrikas zu erreichen.

Die Weltbankexperten erkennen bereits heute, wie gewagt solche Annahmen sind. In einer der letzten Publikationen dieser Institution (The Challenge of Maintaining Long Term Debt Sustainability, 2001) äußern sie deutlich die Befürchtung, dass der durchschnittliche Barwert der Auslandsverschuldung dieser Länder bis 2010 auf über 170% der jährlichen Exporteinnahmen steigen könnte. Damit wäre er 20 Prozentpunkte höher als die von der Weltbank selbst festgelegte Grenze von 150%, ab der Schulden laut Weltbankdefinition untragbar sind.

Die starke Abhängigkeit dieser Länder von wenigen Exportprodukten macht sie anfällig. Die Abwärtsbewegung der Preise ihrer Exportprodukte führt automatisch zu einer Verringerung der Staatseinnahmen und – damit einhergehend – zu Neuverschuldung. In solchen Fällen wird vom IWF eine Vertiefung der einheimischen Reformen empfohlen, also Kürzungen der Staatsausgaben und Steigerung der Staatseinnahmen.

Wirtschaftsreformen im Interesse Afrikas

Es bleiben also nur noch Veränderungen auf nationaler Ebene, um die Realisierbarkeit der hochgesteckten Ziele der Weltbank zu gewährleisten. Eine konsequente Umsetzung der Strukturanpassungsprogramme, seit neuestem bekannt unter dem Namen PRGF (Poverty Reduction and Growth Facility), ist die Zauberformel für eine Ankurbelung der afrikanischen Volkswirtschaften. Jedoch auch hier sind die Erfahrungen der letzten Zeit eher enttäuschend.

Seit Ende der 70er Jahre erlebt Sub-Sahara Afrika eine Verschlechterung der Wirtschaftsentwicklung. Die kurzzeitige Erholung der Volkswirtschaften in der zweiten Hälfte der 90er Jahre reicht nicht aus, um die verlorenen Positionen auf den Weltmärkten wettzumachen. Auf Empfehlung von IWF und Weltbank wurden in Afrika Strukturanpassungsprogramme intensiver als in anderen Ländern und Regionen durchgeführt. Die Ergebnisse sind nicht nur bei den sogenannten »schlechten Anpassern« (»bad adjusters«), sondern auch bei den »mittelmäßigen und guten Anpassern« (»core and good adjusters«) enttäuschend.

Kaum Spielraum zur Armutsbekämpfung

Die HIPC-Initiative wird nicht den notwendigen Spielraum für eine Halbierung der Armut bis 2015 schaffen. Auch bei der gegenwärtigen Entschuldungsstrategie bleibt der Kontinent besonders anfällig. Notwendig sind neben einer Ausweitung der HIPC-Initiative durch eine neue Definition der Schuldentragfähigkeit auch entscheidende Schritte in anderen Bereichen. Einige davon sind:

- Da ein stärkerer Zustrom von Privatkapital eher unwahrscheinlich ist, sollte die öffentliche Finanzierung (Entwicklungshilfe sowie Kredite) stark erhöht werden.
- Neben dieser Steigerung der Zuflüsse von außen sollten auch die Bedingungen für eine Ausweitung der Sparraten innerhalb der Schuldnerländer geschaffen werden.
- Notwendige Investitionen in produktive Infrastruktur sollten sich nicht bloß auf die Schaffung von besseren Bedingungen für den Export beschränken, sondern zu einer stärkeren Konsolidierung der internen Verflechtungen für eine Entwicklung der einheimischen Märkte hin orientieren.
- Im internationalen Handelssystem sollten die Asymmetrien und Hindernisse abgebaut werden, damit die afrikanischen Länder ihren Zugang zu den wichtigen Märkten der Industrieländer ausweiten können.

Der Erfolg von Armutsbekämpfungsprogrammen hängt sicherlich vom Engagement der afrikanischen Regierungen und von ihrer Bereitschaft ab, die Partizipation der Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Ohne größere Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft wird Afrika seine derzeitige Krise jedoch nicht überwinden können.

Pedro Morazán

ECUADOR:
DAS SCHWARZE GOLD GLÄNZT NICHT

ÜBERAUSBEUTUNG DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN FÜR DEN SCHULDENDIENST

Ecuador hat seine Auslandskredite meist in US-Dollar aufgenommen und muss sie auch in dieser Währung wieder abbezahlen. Um die Mittel für die Bedienung der Auslandsverschuldung aufzubringen, braucht ein Schuldner daher Devisen, Einnahmen aus Exportgeschäften. Die bekommt ein Land wie Ecuador überwiegend durch die Exporte seiner meist unverarbeiteten Rohstoffe. Da bei diesen Primärerzeugnissen die Einnahmen nur über eine erhöhte Fördermenge gesteigert werden können, bedeutet der stetig steigende Schuldendienst konsequenterweise die wachsende Ausbeutung der eigenen Ressourcen. Dies ist fast überall mit gravierenden Folgen für die Umwelt verbunden. Gleichzeitig beinhalten die meist stark schwankenden oder gar sinkenden Weltmarktpreise auch einen hohen Unsicherheitsfaktor. Im Falle Ecuadors sollen zwei Beispiele diesen Sachverhalt illustrieren: Die Krabbenzucht und die Erdölförderung. Nach den Daten der Zentralbank mussten im Jahr 2000 rund 76% der Exporteinnahmen aus Erdöl und Krabben für den Schuldendienst aufgebracht werden. Dies wird sich auch in der näheren Zukunft nicht ändern: In den kommenden 12 Jahren werden rund 80% der Einnahmen aus den Erdölexporten in den Schuldendienst (Tilgung und Zinsen) der laufenden Kreditverpflichtungen fließen. Die zu erwartende zukünftige Neuverschuldung ist dabei noch nicht einmal eingerechnet.

Zum Beispiel Krabbenzucht...

Seit den 80er Jahren wird zunehmend industrielle Krabbenzucht in Ecuador betrieben. Die Produktion dient in erster Linie dem Export in die Industrieländer. Um Krabbenfarmen aufzubauen, werden Mangrovenwälder gerodet (siehe Kasten). Diese sind jedoch eines der produktivsten Ökosysteme, ein hoch sensibler Lebensraum im Übergangsbereich zwischen Meer und Land, der einer großen Vielfalt von Pflanzen- und Tierarten unter anderem auch als Laichplatz dient. Die Mangroven müssen der Krabbenzucht weichen, die wie bei jeder Massentierhaltung große Mengen an Antibiotika und Pestiziden einsetzen muss, um Viruserkrankungen zu bekämpfen. Wenn die Zuchtbecken nach drei bis sieben Jahren aufgegeben werden, ist der Boden für die lokale Bevölkerung aufgrund der hohen Salzkonzentration unbrauchbar geworden.

Protestaktionen gegen die neue Pipeline bei einem Künstlerfestival
(Foto: Accion Ecologica)

Ecuador ist der zweitgrößte Produzent weltweit. Trotz bestehender Gesetze zum Schutz der Mangrovenwälder hat Ecuador durch zum Teil illegale Krabbenfarmen fast 200.000 Hektar Mangrovenwälder verloren. Da, wo sich die Krabbenindustrie ausbreitet, schrumpfen zudem die Bestände von Meeresfischen an den Küsten; die ansässigen Fischer verzeichnen einen Rückgang der Fänge und verlieren so z.T. ihre Existenzgrundlage.

Nach Erdöl und Bananen sind Krabben das wichtigste Exportprodukt, mit dem der ecuadorianische Staat in den vergangenen Jahren Einnahmen zwischen 600 und 900 Mio. US$ erzielt hat. Dieses Geld fließt allerdings nicht in Investitionen für Entwicklungszwecke der lokalen Bevölkerung. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz, denn die Zerstörung der Mangrovenwälder hat gravierende soziale Auswirkungen, indem sie die Quellen für Grundnahrungsmittel der einhei-

Zerstörung von Ökosystemen:

»Dramatisch war die Entwicklung im Bezirk Muisne in der nordwestlichen Provinz Esmeraldas. Dort existierten, ehe Mitte der 80er Jahre die Krabbenindustrie eindrang, mehr als 20.000 Hektar ursprüngliche Mangrovenwälder. Hiervon bestritten 3.000 Familien ihr Einkommen: durch das Sammeln von Muscheltrompeten, Muscheln und Krebse, durch die Verwendung des Holzes der Mangroven, der Fischerei, usw. Heute existieren kaum mehr als 500 Hektar Mangroven, und die Familien sind - wie viele ecuadorianische KüstenbewohnerInnen – in die großen Städten gezogen, wo sie keine Arbeit finden und unter sozialer und kultureller Entwurzelung leiden.«

Quelle: FoodFirst 4/1999, FIAN Magazin für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte

mischen Bevölkerung zerstört. Aus einem Hektar Mangroven können rund zehn mehrköpfige Familien ihr Einkommen bestreiten, ein Krabbenbecken von 100 Hektar schafft hingegen nur eine Handvoll Arbeitsplätze, und das unter katastrophalen Arbeitsbedingungen. Verschwinden die Mangroven müssen somit zahlreiche Familien ihren angestammten Lebensraum aufgeben und werden in die Armut getrieben. Der Staat hat indes die Einnahmen aus der Krabbenzucht in den Schuldendienst gesteckt.

Zum Beispiel Erdöl...

Seit in den 70er Jahren der Erdölboom in Ecuador eingesetzt hat, flossen die Kredite großzügig. Die langfristige öffentliche Auslandsverschuldung hat sich von 242 Mio. US$ 1970 auf 13,4 Mrd. US$ im Jahr 2000 erhöht. Die Einnahmen aus dem Erdöl machen je nach Weltmarktpreis bis zu 50% der gesamten Exporteinnahmen aus. Aber das langt nicht. Der zu zahlende Schuldendienst liegt weitaus höher. Daher will das Land nun eine zweite Erdölpipeline bauen: Um den Schuldendienst aus den Zeiten des ersten Ölbooms bezahlen zu können, will Ecuador mit der zweiten Pipeline Produktion und Export verdoppeln. Welche ökologischen Schäden dies hervorruft, ist seit dem Bau der bislang einzigen Pipeline vor rund 30 Jahren bekannt (s. Kasten). Ganz zu schweigen von den gesundheitlichen Schäden wie Krebs, Haut- und Atemwegserkrankungen, die die ansässige Bevölkerung erleidet. Dennoch finden sich Banken, die das ganze Projekt finanzieren. Unter Führung der in Düsseldorf ansässigen WestLB wollen sie das höchst umstrittene Projekt mit 900 Mio. US$ finanzieren. Damit hat das Thema auch in Deutschland Wellen geschlagen.

Ob der Bau der Erdölpipeline wirklich die Haushalts- und Schuldenprobleme des Landes lösen wird ist indes mehr als fraglich. Verdoppeln wird sich in erster Linie die Auslandsverschuldung. Korruption treibt die Höhe des Kredits nach oben, großzügige Steuervergünstigungen mindern die Einnahmen des Staates an dem schwarzen Ölsegen.

Die 500 km lange Pipeline führt vom Amazonasgebiet im Osten quer durchs Land an die Küste im Nordwesten vorbei an

Ökologische Belastung der Erdölförderung

»Seit den frühen 70er Jahren wurden etwa 1,5 Mrd. Barrel Öl aus dem ecuadorianischen Amazonas geholt. Bohrschlämme, Öl- und Chemikalienrückstände werden häufig direkt in Flüsse und Bäche geleitet, aus denen die örtliche Bevölkerung ihr Trinkwasser bezieht. Oder die giftigen Rückstände werden in Lagunen zwischengelagert, ohne sie fachgerecht zu sichern, wodurch es ebenfalls zu großen Umweltverseuchungen kommt. Heute gibt es in Ecuador mindestens 350 Ölaltlasten, die Böden, Wasser und Luft vergiften.«

Quelle: Regenwald Report 3/01, Rettet den Regenwald e.V., Hamburg.

Protestaktionen gegen die neue Pipeline bei einem Künstlerfestival (Foto: Accion Ecologica)

aktiven Vulkanen und durch stark erdbebengefährdetes Gebiet, das sich obendrein durch seine extrem hohe Artenvielfalt auszeichnet. Die geradezu unvermeidbaren Brüche und Leckagen, aber auch einfache Bergrutsche, wie sie in Ecuador keine Ausnahme sind, gefährden so nicht nur das unmittelbar betroffene »Mindo Nambillo Reservat« mit der weltweit höchsten Dichte an Vogelarten, sondern auch die Trinkwasserversorgung von fast 40 Städten, darunter die Hauptstadt Quito. Um die Leitungen überhaupt füllen zu können, müssen neue Ölquellen erschlossen werden, die z.T. in UNESCO-geschützten Reservaten schlummern, was somit den letzten Amazonaswald des Landes bedroht. Das Öl ist z.T. von minderer Qualität, so dass die verpasste Suche nach alternativen und nachhaltigen Einnahmequellen doppelt sträflich ist. Dabei hat sich in Ecuador in den betroffenen Gebieten der Ökotourismus als

Protestaktionen gegen die neue Pipeline (Foto: Accion Ecologica)

neue und nachhaltige Einnahmequelle für die lokale Bevölkerung, aber auch für den Staat entwickelt. Die Zerstörung der Umwelt durch die Pipeline wird diesem aufstrebenden Wirtschaftszweig ein Ende setzen.

Schuldenreduzierung gefordert

Exportsteigerungen für den Schuldendienst – das ist die Devise, mit der Ecuador in 20 Jahren seine natürlichen Ressourcen unter massiver Umweltzerstörung aufgebraucht haben wird, ohne auch nur einen Centavo für die Bedürfnisse der Menschen und die Entwicklung des Landes ausgegeben zu haben. Das wenige Geld, das in die Staatskassen fließt, wird direkt in den Schuldendienst umgeleitet. Denn der soll ab sofort wieder pünktlich bezahlt werden, damit das Land auch weiter auf internationale Kredite zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise bauen kann.

Ecuador braucht eine andere Lösung als die Überausbeutung seiner natürlichen Ressourcen! Dazu gehört auch die drastische Reduzierung der Auslandsverpflichtungen. In einem transparenten Verfahren sollte nach Konsultationen mit allen Beteiligten, inklusive zivilgesellschaftlicher Gruppen, von einer neutralen Instanz über ein aus entwicklungspolitischer, ökologischer und menschenrechtlicher Sicht wirklich tragfähiges Maß der Auslandsverschuldung entschieden werden. Nur dann könnte Ecuador in Zukunft seine natürlichen Ressourcen, wie z.B. den Regenwald, nachhaltig nutzen, anstatt sie durch Überausbeutung zu zerstören.

Irene Knoke

→ Achtung: Postkartenaktion!

Um politischen Druck auf die Bundesregierung auszuüben, startet das Ländernetzwerk Ecuador eine Postkartenaktion: Die Karten können im SÜDWIND-Büro bestellt werden. Bitte machen Sie mit!

DAS FORUM KAMERUN

KONSULTATIONEN WERDEN VORBEREITET

Seit März 2000 koordiniert SÜDWIND das »Forum Kamerun«. Dieses ist eine Ad-hoc Initiative von Hilfswerken und verschiedenen Kamerun-Initiativen in Deutschland, die zum Thema Auslandsverschuldung und Armutsbekämpfung arbeiten.

Um Koordinierungsaufgaben durchzuführen hat SÜDWIND eine Praktikantenstelle geschaffen, die von Mitte Oktober 2001 bis Mitte Januar 2002 von Saskia Lublinski besetzt ist.

Ziele und Aufgaben des Forum Kamerun sind:

- Lobbyarbeit bei den wichtigen Entscheidungsträgern in Deutschland (BMZ, KfW, GTZ, BMF), um die Forderungen der kamerunischen Partner für eine effektive Entschuldung im Interesse der Armen Kameruns in Deutschland einzubringen und bekannt zu machen.
- Aufbau und Verstärkung der Verbindungen zu anderen Initiativen, die in Europa zum Thema Auslandsverschuldung in Kamerun arbeiten.
- Sammlung und Verarbeitung von Informationen zur Umsetzung der Entschuldungs- und Armutsbekämpfungsstrategie in Kamerun, um sie den Organisationen und der breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.
- Organisation von Konsultationen mit den Partnern und sonstiger Aktivitäten, die mit dem Thema PRSP verbunden sind.

Aufgabenschwerpunkt ist zur Zeit die Organisation und

Forum Kamerun:

Bistum Limburg, Brot für die Welt, Christoffel Blindenmission e.V., EED, Evangelische Kirche im Rheinland, Evangelische Kirche von Westfalen, Kirchenkreis Witzenhausen, Misereor, Snowball e.V., SÜDWIND e.V.

Vorbereitung einer Konsultation von Vertretern der drei großen Glaubensgemeinschaften Kameruns (Katholiken, Protestanten und Muslime). Die Kirchen in Kamerun sind wichtige zivilgesellschaftliche Organisationen mit nationalen Arbeits- und Wirkungsstrukturen, so dass ihre Einbindung in den Partizipationsprozess zur Entwicklung der Armutsbekämpfungsstrategie von besonderer Bedeutung ist. Sie haben bereits wichtige konstruktive Vorschläge vorgelegt, die allerdings noch keine ausreichende Berücksichtigung gefunden haben. Die erste Konsultation im November 2001 soll der Verständigung der Glaubensgemeinschaften über eine gemeinsame Position gegenüber der Regierung Kameruns dienen. Durch diese Bündelung soll der Einfluß auf die Regierung verstärkt werden, um so die Interessen der Zivilgesellschaft, insbesondere der armen Bevölkerung, besser zu vertreten.

Während einer zweiten, größeren Konsultation im Februar oder März 2002 sollen inhaltliche Fragen der Armutsbekämpfungsstrategie geklärt werden. Den Schwerpunkt bilden dabei die Bereiche Bildung und Gesundheit, da ihnen bei der Arbeit der Kirchen in Kamerun ein hohes Gewicht zukommt.

Saskia Lublinski

DIE ARMUTSBEKÄMPFUNG DURCH DIE GLÄUBIGER ERFAHRUNGSBERICHTE AUS 11 LÄNDERN.

UGANDA: MUSTERLAND DER GLÄUBIGER

Im letzten SÜDWIND-Info druckten wir bereits einen kleinen Auszug aus der im Frühjahr erschienenen Broschüre »Die Armutsbekämpfung durch die Gläubiger – Erfahrungsberichte aus 11 Ländern« ab. Nun wollen wir in einem zweiten Artikel anhand eines Beispiellandes auf die konkreten Geschehnisse vor Ort eingehen: Wie wirkt sich die Entschuldung aus. Uganda ist – neben Bolivien, Honduras, Kamerun, Mosambik, Nicaragua, Sambia, Tansania, Ecuador, Indonesien und Peru – eines der Beispielländer aus der Broschüre.

Neben Bolivien ist dieser Staat eines der beiden Länder, denen im Rahmen einer seit Ende 1996 von den Gläubigern vorangetriebenen Entschuldungsinitiative für arme hochverschuldete Staaten (HIPC-Staaten) auch tatsächlich schon ein Teil der Schulden erlassen worden ist. Der folgende Beitrag ist die stark gekürzte Fassung eines Aufsatzes der Broschüre.

Stand der Schulden

Uganda ist eines der ärmsten Länder der Welt und seit vielen Jahren hoffnungslos überschuldet. Eine Ursache waren die Bürgerkriege, die das Land in den siebziger und achtziger Jahren erschütterten. Zudem werden die Deviseneinnahmen mit dem Export einiger weniger Rohstoffe erwirtschaftet, deren Preise in den vergangenen Jahrzehnten stark gefallen sind.

Bereits 1997 erhielt das Land im Rahmen der HIPC-Initiative einen ersten Schuldenerlass in Höhe von 347 Millionen US-Dollar (Barwert). Damals wurde erklärt, hiermit seien die Schulden des Landes tragbar.

Die verbliebenen Schulden beliefen sich Ende 1999 auf einen Barwert von 1,74 Mrd. US-Dollar und lagen damit bei 240% der jährlichen Exporteinnahmen. Hauptgläubiger waren mit rund 83% der Forderungen multilaterale Finanzinstitutionen, von denen wiederum die Weltbank der bei weitem wichtigste Gläubiger war. Der »Pariser Club« spielte nur eine untergeordnete Rolle (siehe Tabelle).

Die Gläubiger Ugandas nach dem Erlass unter HIPC I

	Barwert in Mio. US-Dollar	Anteil in Prozent
Gesamtschulden	1.738,3	100
davon:		
Multilaterale Schulden	1.454,7	83,2
davon die größten Summen		
Weltbankgruppe (IDA)	950,5	54,4
IWF	242,4	13,9
Afrikanische Entwicklungsbank	158,0	9,0
Bilaterale Schulden	267,7	15,3
davon:		
»Pariser Club«	190,4	10,9
Nichtmitglieder des »Pariser Club«	77,4	4,4

(Quelle: IWF 2000a)

Erlass unter HIPC II

Im April 2000 folgte ein zweiter Erlass in Höhe von 656 Millionen US-Dollar (Barwert). Der Erlass wurde notwendig, um die beim Kölner Weltwirtschaftsgipfel im Juni 1999 neu festgelegten Entlastungsziele zu erreichen. Die restlichen Schulden liegen nun inklusive der Neuverschuldung des vergangenen Jahres bei 1.368 Millionen US-Dollar.

So vielversprechend dieser Erlass klingt: Das Schuldenproblem Ugandas ist nicht dauerhaft gelöst worden. Der Staatshaushalt Ugandas wird schon heute zu rund 50 Prozent von den Geberländern finanziert (Eberlei 2000: 1) Dennoch geht der Internationale Währungsfonds (IWF) davon aus, dass trotz Zeiten sinkender Entwicklungshilfehaushalte die Zuschüsse aus dem Ausland steigen. Zudem prognostiziert der IWF, dass sich die Exporteinnahmen Ugandas im Zeitraum zwischen 1999 und 2004 fast verdoppeln und zwischen 1999 und 2010 sogar verdreifachen. Doch da laut Prognose auch die Importe drastisch steigen, wird Ugandas Handelsbilanzdefizit ebenfalls stark anwachsen. Der IWF geht davon aus, dass ein großer Teil dieses Defizits durch Direktinvestitionen aus dem Ausland ausgeglichen wird, die im Schnitt des nächsten Jahrzehnts auf

rund 1 Mrd. US-Dollar jährlich steigen sollen (IWF 2000: 33).

Es ist höchst zweifelhaft, ob diese Prognosen zutreffen werden. Schon die kleinste wirtschaftliche Krise – etwa eine Missernte beim Kaffee oder das Ausbleiben der Investitionen – müsste dann zu Einschnitten bei den Ausgaben der ugandischen Regierung führen oder durch noch höhere Kredite ausgeglichen werden, als das Land ohnehin schon laut Prognose jährlich aufnehmen wird.

Wie unsicher Voraussagen darüber sind, ob längerfristig Mittel zur Armutsbekämpfung frei werden, zeigt eine weitere Tabelle des IWF. Laut einer Prognose im November 2000 sinkt der Schuldendienst zwar von 98 Mio. US-Dollar (1999) in den Jahren 2000 bis 2003 auf im Durchschnitt 56 Millionen US-Dollar. Doch schon in den beiden Folgejahren liegt der Schuldendienst wieder bei rund 100 Millionen US-Dollar. (IWF 2000b)

Das mag nach simplen Zahlenspielen klingen. Doch wenn es für die Zivilgesellschaft tatsächlich einen Sinn machen soll, sich in die Diskussion um die zukunftsorientierte Verwendung frei werdender Gelder einzuschalten, dann wäre es sehr hilfreich zu wissen, über welche Summen man redet.

Die Regierung und die Zivilgesellschaft

In Uganda existiert ein ganzes Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen, die sich mit der Schuldenfrage beschäftigen. Wichtigster Akteur ist das »Ugandische Schuldennetzwerk« (UDN). Dieses Netzwerk war die treibende Kraft bei der Gründung der ugandischen Erlassjahr-Kampagne »Jubilee 2000«. Auch viele Parlamentsabgeordnete unterstützen die Kampagne.

Dennoch ist die Zusammenarbeit nicht reibungslos. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Bevölkerung während des langen Bürgerkrieges war es nicht immer einfach, die Bevölkerung sowie die kleinen Basisorganisationen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Regierung zu gewinnen. Zudem konzentriert sich ein großer Teil der politischen Aktivitäten auf die Hauptstadt Kampala. Dadurch besteht die Gefahr, dass sowohl die Regierung als auch die großen NRO die Bedürfnisse der Menschen, die auf dem Lande leben, nicht wahrnehmen (Details siehe Eberlei 2000: 5–6).

Weiterhin ist nicht zu unterschätzen, dass es auch an den Staatsgrenzen noch massive Probleme gibt. Im Norden wird die Bevölkerung immer wieder von Untergrundbanden attackiert. Dort herrscht gebietsweise immer wieder faktisch Bürgerkrieg. Zudem stehen ugandische Truppen in der D.R. Kongo und haben dort in den Bürgerkrieg eingegriffen. Ohne sie wäre der dortige Diktator Mobutu wohl nicht gestürzt worden. Neben den rein völkerrechtlichen Fragen – mit welcher Legitimation kämpft man im Nachbarland? – kostet der Krieg viel Geld, das auch der Armutsbekämpfung dienen könnte.

Erste Armutsbekämpfungspläne Mitte der Neunziger

Die ugandische Regierung diskutiert seit 1995 mit den wichtigsten Geberländern, der Weltbank, der einheimischen Wirtschaft und den NRO darüber, wie sich die Armut im Lande am besten reduzieren lässt.

Im Juni 1997 verkündete die Regierung dann den »Plan zur Ausrottung der Armut« (»Poverty Eradition Action Plan«, PEAP). In diesem Plan wurden konkrete Ziele und Umsetzungsschritte benannt. Damit lag ein Leitfaden vor, an dem die Handlungen der Regierung gemessen werden konnten.

Neben viel Lob gibt es auch kritische Stimmen zu den Planungen. (...)

Wird die Bevölkerung profitieren?

Die Bevölkerung hat schon profitiert. Die ugandische Regierung verpflichtete sich, die durch den Schuldenerlass eingesparten Mittel für die im »Plan zur Ausrottung der Armut« festgelegten Ziele zu verwenden. Die Gelder wurden seit Mitte 1998 im »Poverty Action Funds« (Armuts-Aktionsfonds) gesammelt und dann zusätzlich zu den bereits in der Haushaltsplanung festgelegten Ausgaben vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheitswesen ausgegeben. Ein erster Zwischenbericht erschien Ende 1999. Dort werden Zahlen genannt, wie viele Klassenräume in welcher Region neu gebaut wurden, wie viele neue Gesundheitsstationen und Brunnen entstanden ... (Uganda 1999)

Zudem wurden die Schulgebühren gesenkt. Daraufhin stieg die Einschulungsrate in den Grundschulden von 5,3 Millionen (1997 / 98) auf 6 Millionen (2000). Für die nächsten Jahre wird ein weiterer Anstieg auf 7 Millionen prognostiziert (Eberlei 2000: 10). Viele der Programme initiierte die Zentralregierung, doch die Distriktregierungen wurden aufgefordert, eigene Pläne vorzulegen (Eberlei 2000: 10–11).

Die gestiegenen Mittel für den sozialen Bereich verbessern die soziale Lage der Bevölkerung spürbar.

Fazit

In Uganda ist vieles in Bewegung geraten. Die Zivilgesellschaft bringt sich wieder verstärkt in die politischen Prozesse ein. Zudem hat die Regierung anscheinend erkannt, dass zur Reduzierung der Armut neue Wege erforderlich sind. Doch der gesamte Prozess bleibt abhängig davon, ob Gelder zur Verfügung stehen. Dies kann heute noch nicht mit Sicherheit prognostiziert werden. Die Aussagen des IWF darüber, wie viel Geld denn nun tatsächlich zur Verfügung steht, gehen zu weit auseinander. Es ist weiterhin nicht vorherzusagen, wie sich die Preise der Hauptexportgüter Ugandas entwickeln – und wie hoch die Kreditaufnahme in den nächsten Jahren sein wird. Auch diese Kredite werden irgendwann fällig.

Von einer nachhaltigen Entwicklung kann daher keine Rede sein.

Friedel Hütz-Adams

Literatur

Eberlei 2000: Dr. Walter Eberlei: Länderbeispiel Uganda. Entschuldung und Zivilgesellschaft, veröffentlicht in: EED / Brot für die Welt / Misereor: Entschuldung und Armutsbekämpfung – Chancen und Grenzen zivilgesellschaftlicher Beteiligung, 2001

IWF 2000: International Monetary Fund and The International Development Association, 2000: Uganda: Initiative for Heavily Indebted Poor Countries – Second Decision Point Document, 24.1.2000 (IWF-Homepage)

IWF 2000 a: International Monetary Fund and The International Development Association, 2000: Uganda: Initiative for Heavily Indebted Poor Countries – Second Completion Point Document, 4.4.2000 (IWF-Homepage)

IWF 2000 b: International Monetary Fund and The International Development Association, 2000: The Impact of Debt Reduction unter the HIPC-Initiative on External Debt Service and Social Expenditure, 29. November 2000 (IWF-Homepage)

Uganda 1999: The Republic of Uganda (Hg): Poverty Action Fund – Report in the Poverty Action Fund, July 1998 to March 1999 at the 4th Quarterly Meeting, 8th July 1999

BUCHBESPRECHUNG:

JUSTITIA ET PAX FORDERT REFORM DES WELTHANDELS

Mit zwei Erklärungen im Rahmen des im Jahr 2000 eingerichteten Arbeitsschwerpunktes »Politische Steuerung der Globalisierung« hat die Deutsche Kommission Justitia et Pax am 27. Juni 2001 weitgehende Reformvorschläge für die Neugestaltung des Welthandels im Interesse der Armen vorgelegt. Adressaten dieser Vorschläge sind die PolitikerInnen und Ministerien, die bei der Welthandelsorganisation (WTO) neue Spielregeln aushandeln werden.

In der ersten Studie: unter dem Titel »Reform der Welthandelsorganisation und die Interessen der Armen« stellt die Deutsche Kommission Justitia et Pax Ernüchterndes fest: Durch die teilweise Liberalisierung des Agrarmarktes privilegiert das Agrarabkommen (Agreement on Agriculture, AoA) von 1994 die Länder des Nordens, »indem es die Bauern der »Dritten Welt« durch verstärkte Öffnung der Märkte in zunehmendem Maße dem Wettbewerb mit der subventionierten Landwirtschaft der nördlichen Staaten aussetzt«.

Darüber hinaus werden eine mangelnde Kohärenz, fehlende Koordination und Konflikte zwischen WTO-Regeln, Menschenrechten sowie Sozial- und Umweltstandards festgestellt. Justitia et Pax empfiehlt eine Verankerung menschenrechtlich-sozialer und ökologischer Standards in der WTO, die im Mittelpunkt eines Nord-Süd-Dialogs stehen soll.

Dafür ist aber eine völkerrechtliche Anbindung der WTO an das System der Vereinten Nationen (UN-System) nötig, denn die Verpflichtung der WTO zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung kann nur im Rahmen des UN-System völkerrechtlich einklagbar verbindlich werden. Neben der institutionellen Verankerung und der Schaffung kohärenter Rechtsinstrumente ist auch mehr Transparenz und Partizipation notwendig: »Im Interesse der Armen bleibt eine bessere Einbeziehung von Organisationen der Armen und von NGO, die die Belange der Armen vertreten, in den Prozess einer Weiterentwicklung des Welthandels unerlässlich«.

Die zweite Erklärung beschäftigt sich mit dem Abkommen zum Schutz handelsbezogener geistiger Eigentumsrechte (Trade related aspects of intellectual property rights, TRIPs). In diesem Punkt bestehen derzeit massive »Interessengegensätze zwischen Nord und Süd bzw. zwischen Mächtigen und Machtlosen«, wie die Deutsche Komission es formuliert. Wenn multinationale Unternehmen beispielsweise die Entwicklung von neuen Sorten auf der Grundlage des von Bauern im Süden verwendeten Saatgut patentieren und damit den Zugang privatisieren, dann widerspricht das Abkommen an der Stelle dem Menschenrecht auf Ernährung. Darüber hinaus ergeben sich Vorteile für die multinationalen Unternehmen in vielen anderen Bereichen, die nicht ohne Regulierungen dem »freien Markt« überlassen werden können: »Durch die über das TRIPs-Abkommen erzwungene Patentierbarkeit lebender Ma-

terie wird das Interesse ausländischer Unternehmer an biologischen Ressourcen weiter steigen und die Rechte der lokalen Bevölkerung, ja ihre Überlebensmöglichkeiten drohen in Verbindung mit anderen Aspekten, wie etwa ungerechten Besitzverhältnissen, weiter beschnitten zu werden«.

Sowohl das Recht auf Ernährung, Gesundheit als auch die volle und freie Nutzung der eigenen natürlichen Reichtümer und Mittel sollten nach Ansicht von Justitia et Pax sichergestellt werden. Somit sind in dem Beitrag der Deutschen Komission Justitia et Pax Parallelen zu den zahlreichen Forderungen der weltweiten globalisierungskritischen Bewegung zu erkennen, die eine stärkere Regulierung der Weltwirtschaft verlangen.

Pedro Morazán

Hinweis: Deutsche Kommission Justitia et Pax (Hrg.): »Reform des Welthandels. Die Reform der Welthandelsorganisation und die Interessen der Armen. Das TRIPs-Abkommen bedroht die Menschenrechte der Armen«, Bonn, 2001, Bestelladresse: Justitia et Pax, Kaiser-Friedrich-Str. 9, 53113, Bonn, e-mail: Justitia_et_Pax_Deutschland@t-online.de

FRAUEN UND WIRTSCHAFT IM BRENNPUNKT: VERHALTENSKODIZES

Seit Beginn der 90er Jahre ist eine Flut von Verhaltenskodizes für multinationale Unternehmen entstanden. Auch das SÜDWIND-Institut ist im Rahmen der in zehn europäischen Ländern aktiven »Kampagne für Saubere Kleidung« an einem der Modelle von Verhaltenskodizes beteiligt. Zunehmend befassen sich auch Regierungen und internationale Organisationen wie die UNO, ILO, OECD u.a. mit dem Instrument »Verhaltenskodex«, mit dem weltweit operierende Multis ihrer sozialen Verpflichtung nachkommen sollen.

Überblick über verschiedene Kodex-Modelle

Da es zunehmend schwieriger wurde, einen Überblick über die internationale Kodex-Debatte zu behalten und einzelne Kodex-Modelle beurteilen zu können, haben SÜDWIND und die Friedrich-Ebert Stiftung im März 2001 die Publikation »Workers' tool or PR ploy? A guide to codes of international labour practice« herausgegeben. Diese Publikation stieß in der Bundesrepublik und international auf großes Interesse. Die erste Auflage ist mittlerweile vergriffen. Die zweite Auflage wird im November erscheinen. Anfang 2002 wird die Autorin Ingeborg Wick in Indonesien und Thailand mit Gewerkschaften, Nicht-Regierungsorganisationen, RegierungsvertreterInnen u.a. Gespräche über mögliche Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen mit Verhaltenskodizes führen. In der Bundesrepublik hat die Autorin die Ergebnisse der Publikation dem seit Januar 2001 existierenden Runden Tisch »Verhaltenskodizes« vorgestellt.

Runder Tisch »Verhaltenskodizes«

Dieser Runde Tisch mit VertreterInnen aus Regierung, Wirtschaft, Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen (u.a. SÜDWIND für die »Kampagne für Saubere Kleidung«) hat sich zum Ziel gesetzt, »die Umsetzung von Arbeits- und Sozialstandards in Entwicklungsländern durch Verhaltenskodizes von Unternehmen zu verbessern«. Er will »... herausarbeiten, wie effektive und für alle Seiten akzeptable Verfahren des Monitorings und der Verifizierung von Verhaltenskodizes gestaltet und wie dabei Gewerkschaften / Arbeitnehmervertretungen und Nichtregierungsorganisationen angemessen beteiligt werden können. (...) Aus den gemeinsamen Erfahrungen sollen Beispiele für glaubwürdige und wirksame Verfahren abgeleitet und Empfehlungen für Einführung, Monitoring und Verifizierung von freiwilligen Verhaltenskodizes von Unternehmen erarbeitet werden.« (»Basispapier« vom 17.1.01). Das Arbeitsprogramm des Runden Tisches umfasst Maßnahmen, die sich sowohl an Unternehmen (Pilotprojekte) als auch an Regierungen / Parlamente richten. So soll z.B. in einem Gespräch mit VertreterInnen der Bundestags-Enquetekommission »Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten« im Dezember 2001 in Berlin geklärt werden, welche Schritte zu einer wirksameren Umsetzung von Arbeits- und Sozialstandards in Entwicklungsländern in Kooperation mit ParlamentarierInnen unternommen werden können. (s. Homepage www.coc-runder-tisch.de)

Der nachstehende Vergleich von fünf z.Zt. zentralen Verhaltenskodex-Organisationen fasst die Kernaussagen der englischen Publikation »Workers' tool or PR ploy? A guide to codes of international labour practice« zusammen.

Vergleich von »Verhaltenskodizes«

Im Juli 2001 hat die IG Metall eine deutsche Kurzfassung dieser Broschüre in einer Sonderpublikation mit dem Titel »Weltweit gegen Sozialdumping – Für Verhaltenskodizes« veröffentlicht. Sie kann beim IG Metall-Vorstand, Lyoner Str. 32, 60528 Frankfurt / Main, e-mail: christiane.wilke@igmetall.de, bestellt werden.

Ingeborg Wick

Übersicht über Verhaltenskodizes für internationale Konzerne - von Ingeborg Wick

Die wichtigsten Verhaltenskodex -

CCC Clean Clothes Campaign Kampagne für Saubere Kleidung	SAI Social Accountability International Internationale soziale Rechenschaftspflicht
Initiative / Gründungsjahr	
Niederländisches Forschungsinstitut SOMO 1990	US-amerikanische Verbraucherorganisation CEP 1997
Zielsetzung	
Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der weltweiten Bekleidungsindustrie	Verbesserung der Arbeitsbedingungen in allen Branchen (außer Bergbau)
Methoden/ Instrumente	
a) Verbraucheraufklärung b) Arbeitsverhaltenskodex - Zertifizierung von transnationalen Unternehmen mit Lieferkette c) legale Initiativen, Kooperation mit staatlichen Stellen d) Nord-Süd-Solidarität	a) SA 8000 Standard–Zertifizierung von Herstellern/ Lieferanten b) ab 2001 bis 2004 mit ITBL/AV Arbeiterbildungsprogramme in 12 Entwicklungsländern
Mitgliedschaft/ Struktur	
Über 200 NROs und Gewerkschaften in 10 autonomen CCCs mit eigenen Leitungsstrukturen in 9 europäischen Ländern; Europäisches Koordinationsbüro in Amsterdam	a) Vorstand: 1 NRO, 3 Rechtsanwälte, 1 Unternehmen b) Beirat: 11 Unternehmen, 3 Gewerkschaften, 6 NROs, UNO, Stadt New York
Sozialstandards	
a) Vereinigungsfreiheit b) Kollektivverhandlungen c) Keine Zwangsarbeit d) Keine Kinderarbeit e) Keine Diskriminierung f) Existenzsichernder Lohn g) Arbeitsschutz h) Arbeitsstunden (pro Woche maximal 48 Std. plus 12 Überstunden) i) Festes Beschäftigungsverhältnis (Bezug auf ILO-Konventionen und IBFG-Kodex von 1997)	a) Vereinigungsfreiheit b) Kollektivverhandlungen c) Keine Zwangsarbeit d) Keine Kinderarbeit e) Keine Diskriminierung f) Existenzsichernder Lohn g) Arbeitsschutz h) Arbeitsstunden (pro Woche maximal 48 Std. plus 12 Überstunden) i) Festes Beschäftigungsverhältnis (Bezug auf ILO, UN-Menschenrechts- und Kinderrechtskonventionen)
Anwendungsbereich	
Gesamte Bekleidungskette inkl. Auftragnehmer, Subunternehmer, Lieferanten, Lizenznehmer (Explizit juristisch einklagbar)	Schwerpunkt einzelne Fabrik, aber Verweise auf Bekleidungskette

Organisationen im Überblick

ETI Ethical Trading Initiative Ethische Handelsinitiative	FLA Fair Labor Association Vereinigung für faireArbeitsbedingungen	WRC Workers Rights Consortium Bündnis für Arbeiterrechte
Initiative / Gründungsjahr		
Verschiedene NROs 1998	Clinton Administration 1996	US-amerikanische Studentenorganisation USAS
Zielsetzung		
Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der - weltweiten Bekleidungs- und Nahrungsmittel-industrie und im Gartenbau	Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der - weltweiten Bekleidungsindustrie und allen Branchen, in denen Lizenzprodukte für US-Universitäten hergestellt werden	Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der welt-weiten Bekleidungsindustrie , in der Lizenzpro-dukte für US-Universitäten hergestellt werden
Methoden/ Instrumente		
a) Base Code–Zertifizierung von transnationalen Unternehmen mit Lieferkette b) Vergleich unterschiedlicher Monitoring- und Verifizierungsmodelle c) Forschung und Nord-Süd-Solidarität d) Vernetzung zwischen Nord- und Süd-Gruppen	Workplace Code of Conduct–Zertifizierung von transnationalen Unternehmen mit Lieferkette	a) Verhaltenskodex - keine Zertifizierung, sondern Standardsetzung für Lizenzverträge von Universitäten b) Nord-Süd-Solidarität c) Öffentlichkeits-Kampagnen in den USA
Mitgliedschaft/ Struktur		
a) Mitglieder: 17 Unternehmen, 17 NROs, 4 Gewerkschaftsverbände, (Regierung) b) Vorstand: 3 Unternehmen, 3 NROs, 3 Gewerkschaften, Vorsitzende (Regierung)	a) Mitglieder: 12 Unternehmen, 4 NROs, 148 Universitäten, b) Vorstand: angestrebt 6 Unternehmen, 6 NROs, 1 Universität, 1 Vorsitzender, c) Geschäftsführender Vorstand: 2 Unternehmen, 2 NROs, 1 Universität, 1 Vorsitzender	a) Mitglieder: 66 Universitäten, USAS, b) Vorstand: 5 Universitäten, 5 USAS, 5 Beirat, c) Beirat: 15 ExpertInnen
Sozialstandards		
a) Vereinigungsfreiheit b) Kollektivverhandlungen c) Keine Zwangsarbeit d) Keine Kinderarbeit e) Keine Diskriminierung f) Existenzsichernder Lohn g) Arbeitsschutz h) Arbeitsstunden (pro Woche maximal 48 Std. plus 12 Überstunden) i) Festes Beschäftigungsverhältnis (Bezug auf ILO)	a) Vereinigungsfreiheit b) Kollektivverhandlungen c) Keine Zwangsarbeit d) Keine Kinderarbeit (Ausnahme 14 Jahre je Landesgesetz) e) Keine Diskriminierung f) Gesetzliche Mindestlöhne und Zulagen g) Arbeitsschutz h) Arbeitsstunden (Ausnahmen über 48 Std. plus 12 Überstunden/Woche erlaubt) i) Überstundenbezahlung notfalls ohne Aufschlag j) keine Belästigung oder Misshandlung	a) Vereinigungsfreiheit b) Kollektivverhandlungen c) Keine Zwangsarbeit d) Keine Kinderarbeit e) Keine Diskriminierung f) Existenzsichernder Lohn g) Arbeitsschutz h) Arbeitsstunden (pro Woche maximal 48 Std. plus 12 Überstunden) i) Festes Beschäftigungsverhältnis j) keine Belästigung oder Misshandlung k) Frauenrechte
Anwendungsbereich		
Gesamte Produktkette inkl. Auftragnehmer, Subunternehmer, Lieferanten, Lizenznehmer (nicht explizit juristisch einklagbar)	Gesamte Produktkette, inkl. Auftragnehmer, Subunternehmer, Lieferanten und Lizenznehmer, ausgenommen Lieferanten mit kurzer Lieferdauer und geringen Liefermengen	Gesamte Bekleidungskette inkl. Auftragnehmer, Subunternehmer, Lieferanten und Lizenznehmer (Explizit juristisch einklagbar)

Übersicht über Verhaltenskodizes für internationale Konzerne - von Ingeborg Wick

Die wichtigsten Verhaltenskodex -

CCC

Clean Clothes Campaign
Kampagne für Saubere Kleidung

SAI

Social Accountability International
Internationale soziale Rechenschaftspflicht

Monitoring/ Verifizierung

Verifizierungseinrichtung unter Leitung von Unternehmen (50%) und NROs/Gewerkschaften (50%), Aufträge an Auditfirmen möglich
Fair Wear Charter Foundation NL

SAI akkreditierte Auditfirmen (SGS, BVQI, ITS, DNV, Underwriters Laboratories) verifizieren einzelne Produzenten nach SA 8000 Guidance Dokument (Konsultation mit NROs und Gewerkschaften). Audits von NROs auch möglich.
SA 8000–Zertifikat gilt 3 Jahre.

Berichterstattung

Auditberichte gehen nach jeder Inspektion an alle Beteiligten und das jeweilige Unternehmen, das mit der Stiftung einen Vertrag abgeschlossen hat. Die Stiftung informiert die Öffentlichkeit.

Auditberichte gehen an SAI und die zu zertifizierende Firma. An andere Beteiligte gehen die Auditberichte nur nach Unterzeichnung einer Vertraulichkeitserklärung. AuditorInnen informieren zuvor konsultierte NROs und Gewerkschaften über das Ergebnis.

Beschwerden/ Korrekturmaßnahmen

Beschwerden werden an die Stiftung gerichtet; die Stiftung leitet Korrekturmaßnahmen ein, über die nach Rücksprache mit den Beteiligten entschieden wird.

Beschwerden können an folgende Parteien gerichtet werden:

a)Fabrikleitung
b)Zertifizierungsgremium
c)Akkreditierungsstelle.
Diese können jeweils Korrekturmaßnahmen einleiten. Einsprüche gehen an die nächst höhere Stufe weiter.

Kosten/ Finanzierung

Die Stiftung finanziert laufende Verwaltungskosten aus Beiträgen aller beteiligten Parteien und die Dienstleistungen aus Zahlungen der Unternehmen
Laufende Pilotprojekte werden z.T. aus Regierungsgeldern finanziert.

Korrekturmaßnahmen sollen vor allem von transnationalen Unternehmen finanziert werden.

Jährliche Beiträge für SAI-Mitgliedsunternehmen zwischen 1 500 bis 15 000 US-Dollar je nach Umsatz.
Hersteller und Lieferanten zahlen für die SA-Zertifizierung
Gebühren für Anmeldung, 6 Audits, Reise- und Übersetzungskosten (Beispiel: Fabrik China im Jahr 2000: 20 375 US-Dollar ohne Reise- und Übersetzungskosten
Die Kosten für die Korrekturmaßnahmen zahlen die Hersteller.

Aktuelle Entwicklungen

Fair Wear Charter Foundation NL seit 1999

Pilotprojekte von CCCs aus Frankreich, Schweden, Schweiz, den Niederlanden, Großbritannien in Bangladesch, Indien, China, Madagaskar u.a.

Kodex-Arbeit eingebettet in öffentliche Kampagnen, legale Initiativen, Kooperation mit staatlichen Stellen, Nord-Süd-Solidarität

Bis heute 58 SA 8000-Zertifizierungen (im Dezember 2000 noch 93)

Ab 2001 bis 2004 in Kooperation mit ITBLAV: Arbeiterbildungsprogramm in 12 Entwicklungsländern.

Organisationen im Überblick

	ETI Ethical Trading Initiative Ethische Handelsinitiative	FLA Fair Labor Association Vereinigung für faireArbeitsbedingungen	WRC Workers Rights Consortium Bündnis für Arbeiterrechte
Monitoring/ Verifizierung	Testphase mit Vergleich von 4 Monitoring- und Verifizierungsmodellen und Pilotprojekten 1999 bis 2001	Jährliches Monitoring und Verifizierung. Monitoring ab 2. Jahr in allen allen Standorten der Bekleidungskette, Verifizierung nach 2 bis 3 Jahren in 30% aller Standorte (danach 5 bis15%)	WRC Agency unternimmt fallweise Inspektionen in den Zulieferer-Standorten der Unternehmen, mit denen Mitgliedsuniversitäten Lizenzverträge abgeschlossen haben. Die Lizenzinhaber sollen alle Zulieferer-Standorte veröffentlichen.
Berichterstattung	ETI berichtet jährlich über die Verifizierungspraxis an die Öffentlichkeit. Unternehmensberichte werden der ETI übergeben.	FLA berichtet jährlich öffentlich über jedes Mitgliedsunternehmen. Es wird keine Liste mit allen Zulieferer-Standorten der verifizierten und zertifizierten Unternehmen veröffentlicht.	Veröffentlichung aller Zulieferer-Standorte von Unternehmen, die mit Mitgliedsuniversitäten Lizenzverträge abgeschlossen haben. WRC-Verifizierungsberichte werden allen Beteiligten übergeben.
Beschwerden/ Korrekturmaßnahmen	Beschwerden werden an ETI gerichtet; ETI leitet in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess Korrekturmaßnahmen ein.	Verläßliche, spezifische und überprüfbare Beschwerden gehen an FLA. Die FLA unterrichtet die BeschwerdeführerInnen über das Ergebnis der Korrekturmaßnahmen.	Die WRC Agency prüft die Beschwerden und leitet Korrekturmaßnahmen in Kooperation mit Arbeiterorganisationen ein.
Kosten/ Finanzierung	Für laufende Verwaltungskosten und 50% der Pilotprojekte zahlte die Blair-Regierung 850 000 US-Dollar für 1998 bis 2001. Unternehmen zahlen ca. 50 Prozent der restlichen Kosten für die Pilotprojekte. Ebenso kleinere Beiträge von NROs und Gewerkschaften. Die Kosten für die Korrekturmaßnahmen zahlen die Produzenten, wobei auf Spielräume bei der Gestaltung von Preisen und Lieferbeziehungen hingewiesen wird.	Verwaltungskosten werden von Beiträgen von Unternehmen (jährlich zwischen 5 000 bis 100 000 US-Dollar je nach Umsatz) und aus Geldern der Regierung, von Universitäten (1 % aus Lizenzgebühren = zwischen 100 bis 50 000 US-Dollar pro Jahr) und Stiftungen bezahlt. In den ersten 5 Jahren werden Verifizierungskosten von Unternehmen zwischen 30 bis 50% erstattet, danach zahlen sie diese Kosten selbst Die Kosten für die Korrekturmaßnahmen zahlen die Produzenten.	Verwaltungskosten werden aus Beiträgen von Mitgliedsuniversitäten finanziert: 1 % der jährlichen Einnahmen aus Lizenzverträgen = zwischen 1 000 bis 50 000 US-Dollar. Das Unternehmen, das mit der Mitgliedsuniversität einen Lizenzvertrag abgeschlossen hat, zahlt die Kosten für die Umsetzung und die Überprüfung des Kodex.
Aktuelle Entwicklungen	Pilotprojekte in Südafrika, Zimbabwe, China, Costa Rica und Sri Lanka ab 1999. Nach Scheitern in China ab 2000 Sri Lanka. Forschungsprojekte, Solidaritäts-Arbeit Nord-Süd, Vernetzung.	Pilotprojekte von a) ILRF in El Salvador, Guatemala, Honduras, Taiwan, Indonesien, b) Auditfirmen in Mexiko, Costa Rica, Korea und Indien, c) Universitäten, d) Reebok und Liz Claiborne.	Aufbau von Nord-Süd-Kontakten/Netzwerken. Unterstützug von Streikenden/ Entlassenen bei Arbeitskonflikten in Mittelamerika.

die Autorin »klärt in vorbildlicher Weise auf über die Grundlagen, Varianten und konkreten Möglichkeiten, Geld ethisch anzulegen« (Frankfurter Rundschau)

ÜBERARBEITETE MARKTSTUDIE: KURSBUCH ETHISCHE GELDANLAGE

Pünktlich zum Antritt ihrer Erziehungszeit hat unsere Mitarbeiterin Antje Schneeweiß aus dem Fachbereich Ethische Geldanlagen die Aktualisierung des Klassikers »Mein Geld soll Leben fördern« abgeschlossen.

Die überarbeitete Version wird unter dem Titel »Kursbuch Ethische Geldanlage« im Frühjahr 2002 im Fischer-Verlag erscheinen. Auf rund 220 Seiten findet man neben einer grundlegenden Einführung für Neueinsteiger auch einen Service-Teil, in dem alte Hasen einen Überblick über die wichtigsten Anbieter ethischer Anlagemöglichkeiten im deutschsprachigen Raum wiederfinden.

In einfachen Worten führt die Autorin in das Fachchinesisch des Anlagemarktes ein. Blutige Anfänger erfahren, was der Unterschied zwischen einem Festgeld und einem festverzinslichen Wertpapier ist, worin sich Aktien von Direktbeteiligungen unterscheiden und wann stille Gesellschafter auch mal Krach schlagen können.

Ihren philosophischen Hintergrund kann man im kleinen Exkurs über das ethisch Gute und Schlechte erspüren. Die Leser / innen werden hier angeregt, über ihre eigenen Werte zu reflektieren und ihre Motive für eine ethische Geldanlage zu überprüfen. Hierzu gehört einerseits die Definition des »ethischen Unternehmens«, aber auch der Abgleich des ethischen Anlagemotivs mit anderen Anlagepräferenzen: Will ich etwas für meine Alterssicherung tun oder Rücklagen für die Ausbildung meiner Kinder bilden, dann spielen Rendite und Sicherheitsaspekte natürlich auch eine wichtige Rolle bei der Anlageentscheidung.

Hier gibt das Kursbuch Hilfestellung, indem es die verschiedenen Grundformen der ethischen Geldanlage kategorisiert, Kriterien- und Bewertungsansätze vorstellt, die (Förder-) Wirkung verschiedener Geldanlagen untersucht und auch die Gretchenfrage nach der Rendite und Sicherheit nicht ausspart. Der Beitrag des Steuerberaters Hans J. Udo Schneck zu den steuerlichen Aspekten ethischer Geldanlage komplettiert den Überblick, bevor im Serviceteil eine Vielzahl konkreter Möglichkeiten der ethischen Geldanlage vorgestellt wird.

Um Interessierten den Vergleich verschiedener Anbieter zu erleichtern, wird jedes Produkt anhand desselben Schemas vorgestellt: Neben den wichtigsten Eckdaten (Adresse, Ansprechpartner, Volumen, Gebühren, ...) finden sich Angaben zur Renditeentwicklung, zu Ausschluß- und Positivkriterien und deren Umsetzung. Hierzu gehören u.a. die ethisch relevante Kompetenz im Beirat oder Anlageausschuß, die jährlichen finanziellen Aufwendungen für das Ethik-Research und Formen der Anlegerinformation.

Sollten wir Ihr Interesse geweckt haben, eine weitergehende Vorstellung des Buchs im Rahmen einer Veranstaltung zu organisieren, freuen wir uns auf Ihre Anfrage.

SÜDWIND WIRBT:

NEUE HOMEPAGE, NEUES FALTBLATT, NEUE MUSTERARTIKEL

Die meisten von Ihnen haben es wahrscheinlich schon in dem Brief an die Mitglieder, der Sie Anfang November erreicht haben müsste, gelesen: Wir haben eine Reihe von neuen Materialien erstellt:

Neues Faltblatt

Endlich ist es da: In diesem Heft finden Sie ein Exemplar des neuen Faltblattes.

Diese Faltblätter lassen sich für viele Zwecke nutzen. So können sie in Eine-Welt-Läden, Pfarrheimen, Kirchen, öffentlichen Gebäuden etc. ausgelegt werden, man kann sie mit der Weihnachts- oder Neujahrspost verschicken ....

Wer dieses Faltblatt zur Mitgliederwerbung nutzen möchte, kann eine beliebig große Anzahl bestellen (Bestellung: siehe Publikationliste auf der letzten Seite).

Neue Homepage

Die SÜDWIND-Homepage wurde vollständig überarbeitet (www.suedwind-institut.de). Falls Sie privat oder an Ihrer Arbeitsstelle selbst über eine Homepage verfügen, wären wir Ihnen sehr verbunden, wenn Sie von Ihrer Homepage aus einen Link zu unserer Homepage legen würden.

Neue Musterartikel

Das SÜDWIND-Büro kann Ihnen Artikel in verschiedener Länge zur Verfügung stellen. Diese können Sie in Ihnen zugänglichen Rundschreiben / Zeitschriften veröffentlichen. Die Artikel enden mit der Bitte, Mitglied zu werden.

Eine Auswahl der Musterartikel finden Sie auf unserer Homepage (www.suedwind-institut.de) in der Rubrik »Service« unter »Musterpresseerklärungen«. Sie können dort die Artikel runterladen oder diese auf Diskette sowie als Ausdruck im SÜDWIND-Büro anfordern.Falls Sie nur ganz wenig Platz haben: Schon der Abdruck unseres Logos kombiniert mit der Angabe unserer Homepage-Adresse wäre eine wichtige Werbung für SÜDWIND.

BEFRISTETE »SCHNUPPERMITGLIEDSCHAFT«:

VERSCHENKEN SIE MITGLIEDSCHAFTEN

Wollten Sie vielleicht immer schon mal jemanden für SÜDWIND interessieren? Um das Verschenken der Mitgliedschaft – Weihnachten seht vor der Tür – zu erleichtern, bieten wir die befristete »Schnuppermitgliedschaft« an: Die Mitgliedschaft hätte einen vorläufigen Status und ist auf ein Jahr beschränkt. Ihr Geschenk würde Sie damit einen Jahresbeitrag von 120 DM kosten.

Am Ende des Jahres werden wir die Schnuppermitglieder anschreiben und fragen, ob sie dauerhaftes Mitglied werden wollen.

ANSCHLÄGE IN DEN USA KRIEG IN AFGHANISTAN

Ein Vielzahl von Zeitungsartikeln und Rundfunkberichten beschäftigt sich mit den Anschlägen in den USA sowie mit dem Krieg in Afghanistan. Auch wir haben direkt nach den Anschlägen eine Erklärung verfasst, die Sie auf unserer Homepage finden oder im Büro anfragen können.

Auffallend bei der Einschätzung der Ereignisse ist, dass Autorinnen und Autoren aus dem Süden das Geschehene im Zusammenhang mit den Dingen sehen, die sie in ihrer Heimat erlebt haben.

Viele dieser Stellungnahmen werden weltweit über das Internet verbreitet oder erschienen als Übersetzungen in deutschen Zeitschriften.

Wir dokumentieren hier einen Text von Eduardo Galeano. Dieser ist ein Schriftsteller und Journalist aus Uruguay, Autor unter anderem von »Die offenen Adern Lateinamerikas« und »Erinnerung an das Feuer«.

Wer Zugang zum Internet hat: Auf der Homepage von Brot für die Welt (www.brot-fuer-die-welt.de) sowie unter www.berliner-aufruf.de findet sich eine Vielzahl von Stellungnahmen zu Terror und Krieg.

Der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano veröffentlichte in der mexikanischen Tageszeitung La Jornada den folgenden Artikel:

DAS THEATER DES GUTEN UND DES BÖSEN

Von Eduardo Galeano

Im Kampf des Guten gegen das Böse ist es immer das Volk, das die Toten stellt.

Die Terroristen haben in New York und Washington ArbeiterInnen aus fünfzig Ländern getötet, im Namen des Guten gegen das Böse. Und im Namen des Guten gegen das Böse schwört Präsident Bush Rache. »Wir werden das Böse auf dieser Welt auslöschen«, kündigt er an.

Das Böse auslöschen? Was wäre das Gute ohne das Böse? Nicht nur die religiösen Fanatiker brauchen Feinde, um ihren Wahnsinn zu rechtfertigen. Auch die Waffenindustrie und der gigantische Militärapparat der Vereinigten Staaten brauchen Feinde, um ihre Existenz zu rechtfertigen. Gute und Böse, Böse und Gute: die Akteure wechseln die Masken, die Helden werden zu Monstern und die Monster zu Helden, so wie es diejenigen, die das Drehbuch schreiben, verlangen.

Das ist nichts Neues. Der deutsche Wissenschaftler Werner von Braun war böse, als er die V2-Raketen erfand, die Hitler über London abstürzen ließ, aber er verwandelte sich in gut, als er sein Talent in den Dienst der Vereinigten Staaten stellte.

Stalin war gut während des zweiten Weltkrieges, und später böse, als er das Reich des Bösen regierte. In den Jahren des Kalten Krieges schrieb John Steinbeck: »Vielleicht braucht die ganze Welt Russen. Ich wette, dass sie auch in Russland Russen brauchen. Vielleicht nennen sie sie dort Amerikaner.« Später wurden die Russen gut. Jetzt sagt auch Putin: »Das Böse muss bestraft werden.«

Saddam Hussein war gut, und gut waren die chemischen Waffen, die er gegen Iraner und Kurden einsetzte. Dann wurde er schlecht. Er hieß bereits Satan Hussein, als die Vereinigten Staaten, die gerade in Panama einmarschiert waren, in den Irak einmarschierten, weil der Irak in Kuwait einmarschiert war. Bush Vater trug die Verantwortung dieses Krieges gegen das Böse. Mit dem humanitären und mitfühlenden Geist, der seine Familie auszeichnet, ließ er mehr als hunderttausend Iraker töten, in ihrer großen Mehrzahl Zivilisten.

Satan Hussein ist immer noch dort, wo er war, aber dieser Hauptfeind der Menschheit ist auf den Rang Feind Nummer Zwei abgestiegen. Die Geißel der Menschheit heißt jetzt Osama Bin Laden. Der CIA hat ihm alles beigebracht, was er im Fachgebiet Terrorismus weiß: Bin Laden, gehätschelt und bewaffnet durch die Regierung der Vereinigten Staaten war einer der wichtigsten »Freiheitskämpfer« gegen den Kommunismus in Afghanistan. Bush Vater hatte die Vizepräsidentschaft inne, als Präsident Reagan sagte, diese Helden seien »die moralische Äquivalenz der Gründerväter Amerikas«. Hollywood stimmte mit dem weißen Haus überein. In dieser Zeit wurde Rambo 3 gefilmt: die muslimischen Afghanen waren die Guten. Jetzt, zu Zeiten von Bush Junior, dreizehn Jahr später, sind sie die bösesten Bösen.

Henry Kissinger war einer der ersten, der angesichts der gerade geschehenen Tragödie reagierte. »So schuldig wie die Terroristen sind diejenigen, die ihnen Hilfe, Finanzierung und Anregungen zukommen lassen,« urteilte er mit Worten, die Präsident Bush Stunden später wiederholte.

Wenn das so ist, müsste man beginnen, Kissinger zu bombardieren. Er ist schuldig an viel mehr Verbrechen als denen, die durch Bin Laden und alle Terroristen der Welt begangen wurden. Und in viel mehr Ländern: im Dienste verschiedener Regierungen der Vereinigten Staaten, unterstützte er mit »Hilfe, Finanzierung und Anregungen« den Staatsterror in Indonesien, Kambodscha, Zypern, Iran, Südafrika, Bangladesh und

den Ländern Südamerikas, die den schmutzigen Krieg des Plan Condor erlitten. Am 11. September 1973, genau 28 Jahre vor den heutigen Bränden, ließ er den Präsidentenpalast Chiles niederbrennen. Kissinger hatte die Grabinschrift von Salvador Allende und der chilenischen Demokratie vorweggenommen, als er die Wahlergebnisse kommentierte: »Wir haben keinen Grund zu akzeptieren, dass ein Land wegen der Verantwortungslosigkeit seiner Bevölkerung marxistisch wird.«

Die Geringschätzung des Volkswillens ist eine der vielen Übereinstimmungen zwischen dem Staatsterrorismus und dem privaten Terrorismus. Um ein Beispiel zu geben, die ETA, die Menschen »im Namen der Unabhängigkeit des Baskenlandes« tötet, verkündet durch einen ihrer Sprecher: »Die Rechte haben nichts mit Mehrheiten und Minderheiten zu tun.«

Sie ähneln sich sehr: der handgemachte Terrorismus und der Terrorismus auf hohem technologischen Niveau; der Terrorismus der religiösen Fundamentalisten und der Fundamentalisten des Marktes, der Terrorismus der Verzweifelten und der Mächtigen, der Terrorismus der verrückten Einzeltäter und der Profis in Uniform. Alle teilen die gleiche Geringschätzung des menschlichen Lebens: die Mörder der 5.500 Menschen, die unter den Trümmern der Zwillingstürme zermalmt wurden, die einstürzten wie Burgen aus trockenem Sand, und die Mörder der 200.000 Guatemalteken, in ihrer Mehrzahl Indigene, die vernichtet wurden, ohne dass die Fernsehsender oder die Zeitungen der Welt ihnen jemals die geringste Aufmerksamkeit geschenkt hätte.

Sie, die Guatemalteken, wurden nicht durch einen fanatischen Moslem geopfert, sondern durch terroristische Militärs, die »Hilfe, Finanzierung und Anregungen« von den aufeinanderfolgenden Regierungen der Vereinigten Staaten erhielten. Alle Todesverliebten ähneln sich auch in ihrer Besessenheit, die sozialen, kulturellen und nationalen Widersprüche auf militärische Begriffe zu reduzieren. Im Namen des Guten gegen das Böse, im Namen der einzigen Wahrheit, lösen sie alles, indem sie erst töten, und dann fragen. Und auf diesem Wege stärken sie den Feind, den sie bekämpfen. Es waren die Abscheulichkeiten des Leuchtenden Pfades, die dem Präsidenten Fujimori den Weg ebneten, der mit beachtlicher Unterstützung der Bevökerung ein Regime des Terrors aufbaute und Peru zum Bananenpreis verkaufte. Es waren die Abscheulichkeiten der Vereinigten Staaten im Mittleren Osten, die zum größen Teil zum Entstehen des heiligen Krieges des Terrorismus im Namen Allahs beitrugen.

Auch wenn der Führer der Zivilisation jetzt einen neuen Kreuzzug ausruft, ist Allah unschuldig an den Verbrechen, die in seinem Namen begangen werden. Schließlich hat nicht Gott den Holocaust der Nazis an denen, die an Jehova glauben, angeordnet, und Jehova hat nicht das Töten von Sabra und Chatila diktiert, und auch nicht befohlen, die Palästinenser von ihrem Land zu vertreiben. Waren nicht Jehova, Allah und Gott drei Namen der gleichen Göttlichkeit? Eine Tragödie der Irrtümer: Man weiß schon nicht mehr, wer wer ist. Der Rauch der Explosionen ist Teil einer viel größeren Rauchwolke, die uns die Sicht nimmt. Die Terrorismen zwingen uns, von Rache zu Rache zu taumeln.

Ich sehe ein Foto, das vor kurzem publiziert wurde: auf eine Wand in New York hat irgendeine Hand geschrieben: »Auge um Auge macht die Welt blind.« Die Gewaltspirale erzeugt Gewalt und auch Verwirrung: Schmerz, Angst, Intoleranz, Hass, Wahnsinn. In Porto Alegre hat Anfang dieses Jahres der Algerier Ahmed Ben Bella festgestellt: »Dieses System, das schon die Rinder wahnsinnig gemacht hat, macht auch die Menschen wahnsinnig.« Und die Wahnsinnigen, wahnsinnig vor Hass, handeln genau so wie die Macht, die sie hervorbringt. Ein Dreijähriger namens Luca erklärte dieser Tage: »Die Welt weiß nicht, wo sie zu Hause ist.« Er sah dabei eine Landkarte an. Er hätte auch die Nachrichten ansehen können.

(Quelle: www.brot-fuer-die-welt.de)

SONDERANGEBOT FÜR DEN GABENTISCH:

Die folgenden 5 Broschüren sind Teil eines Sonderangebotes:

11. »Arme Reiche Christen«, Materialien für vier Bibelabende, mit einem didaktischen Begleitheft, von Susanne Zimmermann und Stephan Schmidtlein, Materialien 1, 3. überarb. Aufl. 1996 (10 DM)

22. »Die Kirche und ihr Geld – Vom Geld begeistert – Vom Geist bewegt?«, Eine Handreichung, von Jörg Baumgarten, Karin Ritter, Stephan Schmidtlein und Dirk Wolter, Materialien 2, 2. Aufl. 1994, 90 Seiten (10 DM)

25. »Bürsten gegen den Strich: Frauen im Reinigungsgewerbe – Ländervergleich Deutschland Südafrika – Namibia / Handlungsalternativen«, von Ingeborg Wick, SÜDWIND-texte 4, 1994, 170 Seiten (6 DM)

26. »Wirtschaften für das Leben. Umsetzungsmöglichkeiten der Beschlüsse der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung UNCED 1992 in Rio«, von Pedro Morazán, »texte 55«, Verlag Dienste in Übersee, 1994, 160 Seiten (10 DM)

39. »Kommunales Wirtschaften für das Leben. Ein Leitfaden zur Umsetzung einer lokalen Agenda 21«, von Pedro Morazán, Materialien 5, 1997, 50 Seiten (13 DM, ab 10 Expl. 9 DM)

3 Stück davon kosten: 10 DM (plus 5 DM Versandkostenpauschale)

ALLE 5 kosten: 15 DM (plus 5 DM Versandkostenpauschale)

PUBLIKATIONEN SÜDWIND

Preis- & Bestelliste

(Stand: November 2001)

SÜDWIND
Institut für Ökonomie und Ökumene
Lindenstraße 58–60
D-53721 Siegburg
eMail: suedwind.institut@t-online.de
Tel. 0 22 41 / 5 36 17 + 6 78 01 • Fax 5 13 08
http: / / www.suedwind-institut.de

Hiermit bestelle ich / bestellen wir:

Infopaket: Faltblatt SÜDWIND / Satzung SÜDWIND / Selbstvorstellung (alle kostenlos) . . . . . Expl.:

NEU: SUDWIND-Faltblatt (kostenlos) . . . . . Expl.:

4 SÜDWIND-Jahresbericht akt. Ausg. (kostenlos) . . Expl.:

5 SÜDWIND-Info aktuelle Ausgabe (kostenlos) . . . Expl.:

9 »Auf dem Weg zu größerer wirtschaftlicher Gerechtigkeit. Der Beitrag des Neuen Testaments zur gegenwärtigen wirtschaftsethischen Diskussion«, von Jörg Baumgarten, 1992 (kostenlos) . . . . . Expl.:

0 »Gott steht auf der Seite der Armen. Erklärungen der Kirchen zu wirtschaftlicher Gerechtigkeit«. SÜDWIND-texte 1, 3. Aufl. 1994 (5 DM) . . . . . Expl.:

- »Arme Reiche Christen«. Materialien für vier Bibelabende, mit einem didaktischen Begleitheft, von Susanne Zimmermann und Stephan Schmidtlein, Materialien 1, 3. überarb. Aufl. 1996 (10 DM) . . . . . Expl.:

p »Die Kirche und ihr Geld – Vom Geld begeistert – Vom Geist bewegt?« – Eine Handreichung, von Jörg Baumgarten, Karin Ritter, Stephan Schmidtlein und Dirk Wolter, Materialien 2, 2. Aufl. 1994 (10 DM) . . . . Expl.:

\ »Bürsten gegen den Strich: Frauen im Reinigungsgewerbe – Ländervergleich Deutschland – Südafrika – Namibia / Handlungsalternativen«, von Ingeborg Wick, SÜDWIND-texte 4, 1994 (6 DM) . . . . . Expl.:

a »Wirtschaften für das Leben – Umsetzungsmöglichkeiten der Beschlüsse der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung UNCED 1992 in Rio« von Pedro Morazán, »texte 55«, Verlag Dienste in Übersee, 1994 (10 DM) . . . . . Expl.:

j »Kleider machen Beute – Deutsche Altkleider vernichten afrikanische Arbeitsplätze«, von Friedel Hütz-Adams, SÜDWIND-texte 5, 3. Aufl. 1998, (15 DM) . . . . . Expl.:

c »Kommunales Wirtschaften für das Leben« – Ein Leitfaden zur Umsetzung einer lokalen Agenda 21, von Pedro Morazán, Materialien 5, 1997 (13 DM, ab 10 Expl. 9 DM) . . . . . Expl.:

v »Altkleider auf Abwegen. Kommunale Agenda 21 und Altkleidersammlungen – Ein Leitfaden«, 1997 (6 DM, ab 10 Expl. 4 DM) . . . . . Expl.:

b »Saubere Gewinne. Über den ethisch verantwortungsvollen Umgang mit Geld (epd Dritte Welt Information 6 / 97)« (1,50 DM) . . . . . Expl.:

n »Kleiderproduktion mit Haken und Ösen. Arbeitsbedingungen bei chinesischen und philippinischen Zulieferbetrieben deutscher Unternehmen«, von Ingeborg Wick, Texte 6, 2. Aufl.1997, (12 DM) . . . . Expl.:

/ »Schulden dürfen das Überleben nicht gefährden. Kirchliche Texte zur internationalen Schuldenkrise«, Texte 7 (6,– DM, ab 10 Exp. 4 DM) . . . . . Expl.:

@ »Informalisierung der Arbeit«, int. Fachtagung 'Schattenwirtschaft und gewerkschaftliche Interessenvertretung', 1999, von Ingeborg Wick (2 DM) . . . . . Expl.:

»Frauenarbeit in Freien Exportzonen«, von Ingeborg Wick, in: Globalisierung und Peripherie, HSK 14, Frankfurt–Wien 1999, S. 189–208 (4 DM) . . . . . Expl.:

$ »Schuldenerlaß für Nicaragua – Eine Chance für die Armen. Vorschläge für die Lösung des Ex-DDR-Schuldenproblems Nicaragua«, von Pedro Morazán; Texte 9, 1999 (10 DM) . . . . . Expl.:

^ »Schuldenumwandlung für Bildung in Kamerun«, von Pedro Morazán, Anthea Bethge; 1999, (5 DM) . . . Expl.:

& »Tansania: Untragbaren Schuldendienst begrenzen – soziale Entwicklung fördern«, von M. Hanfstängel, 1999 (5 DM) . . . . . Expl.:

* »Brasilien: Neue Wege zur Entschuldung dringend gesucht«, von W. Pomar, 1999 (5 DM) . . . . . Expl.:

(»Indonesische Billigproduktion für deutsche Mode multis. Ansätze für Alternativen«, von Ingeborg Wick, Materialien 7, 1999, 32 S. (5 DM) . . . . . Expl.:

) »Das Kreuz mit dem Faden. Indonesierinnen nähen für deutsche Modemultis«, von Ingeborg Wick und »Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt« / Jakarta, Texte 11, 2000, 152 S. (17 DM, ab 10 Expl.: 15 DM) . . . . . Expl.:

_ »Deutsche Großbanken entwicklungspolitisch in der Kreide? Entwicklungsverträglichkeit deutscher Bankengeschäfte am Beispiel Brasiliens und Indonesiens«, von Karin Astrid Siegmann, SÜDWIND-texte 12, 2000 (15 DM) . . . . . Expl.:

+ »Workers' tool or PR ploy? – A guide to codes of international labour practice«, von Ingeborg Wick, hrsg. Friedrich-Ebert-Stiftung und SÜDWIND-Institut für Ökonomie und Ökumene, 2001 (10 DM) . . . . . Expl.:

Q »Die Armutsbekämpfung durch die Gläubiger – Erfahrungsberichte aus 11 Ländern«, SÜDWIND-Texte 13, 2001 (10 DM, ab 10 Expl. 8 DM) . . . . . Expl.:

Zuzüglich zu den Materialkosten berechnet SÜDWIND pauschal 5,– DM für den Versand – wir bitten um Ihr Verständnis.

Benutzen Sie bitte für die Überweisung unser Konto Nr. 8 140 000 bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln (BLZ 370 205 00).

Name .....

Adresse .....

.....

Datum / Unterschrift .....